



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Max Stockinger

**Stille Blockade: Die
Waffendebatte im US-Kongress
vor und nach dem Newtown-
Amoklauf**

Bachelorarbeit bei
Dr. Christian Adam
SoSe 2015

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Schul-Amokläufe als <i>Agenda Setter</i> für die Waffendebatte.....	3
2.1	Schul-Amokläufe als <i>Focusing Events</i> oder als Auslöser von <i>Moral Panics</i>	3
2.2	Mobilisierung und Verbreitung von Themen durch <i>Focusing Events</i>	5
3.	Das Framing von <i>Focusing Events</i>.....	6
3.1	Der Einfluss von <i>Framing</i> auf die öffentliche Debatte	6
3.2	Der Wettkampf um den dominanten <i>Frame</i>	7
3.3	Die interessensabhängige Nutzung von Krisen.....	9
4.	Begründung der Fallauswahl	10
5.	Die Waffendebatte im US-Kongress vor und nach dem Newtown Amoklauf	12
5.1	Der Kongress als Untersuchungsgegenstand.....	12
5.2	Daten und Methode	13
5.3	Die Waffendebatte im 112. Kongress	15
5.3.1	Der Verlauf der Debatte im Untersuchungszeitraum	15
5.3.2	Die Koalitionen und ihre Frames im 112. Kongress	17
5.4	Die Waffendebatte im 113. Kongress	24
5.4.1	Der Verlauf der Debatte im Untersuchungszeitraum	24
5.4.2	Die Koalitionen und ihre Frames im 113. Kongress	27
5.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	34
6.	Fazit.....	37
7.	Literaturverzeichnis	39

1. Einleitung

Am Vormittag des 14. Dezember 2012 betrat der 20-jährige Adam Lanza schwer bewaffnet gewaltsam die Sandy Hook Elementary School in dessen Heimatstadt Newtown im Bundesstaat Connecticut und richtete dort einen der schlimmsten Amokläufe der US-Geschichte an (Barron, 2012). Zuerst erschoss er die Direktorin und den Psychologen der Schule, die versuchten ihn nach den ersten abgefeuerten Schüssen aufzuhalten (Dolnick & Grynbaum, 2012). Dann ging der Täter auf Lehrer, Mitarbeiter der Schule und auf zwei Kindergartenklassen los. Mit dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte richtete sich der Täter selbst. Durch den Amoklauf an der Schule kamen 26 Personen ums Leben, darunter 20 Kinder im Alter zwischen sechs und sieben Jahren. Folgende Ermittlungen ergaben, dass Lanza auch seine Mutter Nancy vor dem Amoklauf im Schlaf mit vier Schüssen in den Kopf tötete. Insgesamt starben, den Amokläufer eingerechnet, 28 Personen in Newtown. Gemessen an der Zahl der Todesopfer markiert dieser Amoklauf den zweitschwersten Schul-Amoklauf in der Geschichte der USA hinter dem an der Virginia Tech im Jahr 2007 mit 32 Opfern (Barron, 2012).

Die Polizei fand heraus, dass Adam Lanza insgesamt vier Waffen mit sich führte. Eine Glock 20SF 10mm Pistole, eine Sig-Sauer P226 9mm Pistole und ein halbautomatisches Bushmaster AR-15 .223 Kaliber Gewehr mit 30 Schuss, das er hauptsächlich für den Amoklauf nutzte. Zudem fand man im Kofferraum seines Wagens eine Izhmash Saiga-12 Schrotflinte (Vance, 2013).

All diese Waffen wurden legal gekauft und waren auf Lanzas Mutter Nancy registriert (Flegenheimer & Somaiya, 2012).

Diese Katastrophe reiht sich in der vieler Amokläufe wie dem an der Columbine Highschool, der Virginia Tech oder dem in Aurora, Colorado nur fünf Monate zuvor ein, die einen unmittelbaren Aufschrei in der Bevölkerung und unter Politikern auslösten und Forderungen nach einer strengeren Waffengesetzgebung laut werden ließen (Schildkraut & Cox Hernandez, 2013).

Beispielsweise sagte Präsident Obama noch am selben Nachmittag des Newtown-Amoklaufs in einer Ansprache: "We're going to have to come together and take meaningful action to prevent more tragedies like this, regardless of the politics" (White House Press Office, 2012).

Laut „New York Times“ sind anschließend in den USA innerhalb von 12 Monaten nach dem Newtown-Amoklauf in beinahe jedem US-Bundestaat ein neues Gesetz

zur Waffenkontrolle beschlossen worden. Jedoch lockerten 70 der 109 beschlossenen Gesetze die Beschränkungen für Waffenbesitzer und nur 39 Gesetze, also rund ein Drittel, verschärften die Waffengesetzgebung. Die gesetzlichen Erleichterungen fielen vornehmlich in republikanisch regierten Staaten, wohingegen die Gesetzesverschärfungen vor allem in demokratisch geführten Staaten beschlossen wurden (Yourish, Andrews, Buchanan & McLean, 2013).

Tragödien wie Amokläufe werden im wissenschaftlichen Diskurs u.a. als *Focusing Events* bezeichnet. Diese besitzen ein hohes *Agenda-Setting-Potential* und können dadurch eine politische Debatte um den betreffenden Event auslösen. Mit *Focusing Events* haben sich bereits zum Beispiel John W. Kingdon (Kingdon, 1995) und Thomas A. Birkland (Birkland, 1997, 1998) vermehrt beschäftigt. Auf deren Arbeiten liegt im Folgenden der Fokus. *Focusing Events* können anschließend zur Ausweitung eines Themas, wie in dieser Arbeit Waffenkontrolle, führen. Davon sind auch die politischen Eliten betroffen, da *Focusing Events* auch *policy windows* öffnen können, um eine bestimmte politische Agenda durchzusetzen. Dies resultiert dann in einem *frame contest*, in dem verschiedenen Interessenskoalitionen versuchen ihre Position z. B. zum Thema Waffenkontrolle in der politischen Debatte durchzusetzen (Boin, 't Hart & McConnell, 2008).

Vor diesem Hintergrund setzt sich diese Bachelorarbeit mit folgender Frage auseinander: Wie hat sich die Debatte um das Waffenrecht im Kongress der Vereinigten Staaten durch den Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School in Newtown verändert?

Die wissenschaftliche Relevanz dieser Frage ergibt sich zum einen daraus, dass der Newtown-Amoklauf einen zeitlich aktuellen und vergleichsweise schwerwiegenden Fall darstellt, zum anderen ergibt sich die seltene Situation, dass mit dem Aurora-Shooting nur ein paar Monate vorher ein aufsehenerregender Amoklauf stattgefunden hat. Außerdem stellt der US-Kongress eine interessante Institution dar, um die Auswirkungen eines Amoklaufs zu untersuchen, denn im Kongress sind eine Vielzahl von Interessen zu beachten (Wähler, Wirtschaft, etc.) und es findet ein hoher Grad an Lobbyismus statt.

Dafür werden zuerst im theoretischen Teil die wichtigsten Begrifflichkeiten und Ansätze der Arbeit erklärt und aufgezeigt, welches Potential Amokläufe, wie der in Newtown, als sogenannte *Focusing Events* haben, um das Thema Waffenkontrolle auf die öffentliche und politische Agenda zu setzen und es zu *framen*.

Anschließend wird im Kern dieser Arbeit untersucht, wie die Debatte zum Thema Waffenkontrolle im US-Kongress durch den Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School verändert wurde. Dafür wird die Kongressdebatte vor und nach dem Amoklauf am 14. Dezember 2012 untersucht und mit Hilfe des von Philip Leifeld entwickelten qualitativen Auswertungsprogramms *Discourse Network Analyzer* (Leifeld, 2011) bestimmt, wie sich die Debatte durch den Amoklauf verändert hat. Dafür werden die wichtigsten *Frames* der Kongressmitglieder identifiziert und anschließend deren Häufigkeit und Inhalt interpretiert.

2. Schul-Amokläufe als *Agenda Setter* für die Waffendebatte

2.1 Schul-Amokläufe als *Focusing Events* oder als Auslöser von *Moral Panics*

Als *Focusing Events* bezeichnet man Ereignisse, die plötzlich einen hohen Grad an Aufmerksamkeit bekommen und so bestimmte Themen oder Probleme auf die öffentliche und politische Agenda bringen. Damit können sie als potentieller Auslöser eines politischen Kurswechsels fungieren (Kingdon, 1995).

Focusing Events können beispielsweise Terroranschläge, Naturkatastrophen oder schwerwiegende Unfälle sein (Birkland, 1998).

So kann man die von einem Erdbeben ausgelöste Nuklearkatastrophe von Fukushima als *Focusing Event* interpretieren, die in Deutschland den Widerstand gegen die Atomkraft verstärkt hat und somit die Energiewende auf die Agenda der Bundesregierung gezwungen hat.

Amokläufe, insbesondere solch tragische wie der in Newtown, erfüllen auch die Kriterien von *Focusing Events*.

Die Kriterien werden wie folgt definiert: *Focusing Events* sind sehr plötzlich und relativ ungewöhnlich im Sinne von selten. Sie können als gefährlich bezeichnet werden, oder wie Fukushima, mögliche, noch größere Gefahren für die Zukunft aufzeigen. Die Gefahren beziehen sich in der Regel auf ein bestimmtes geographisches Gebiet oder eine bestimmte Gemeinschaft von Personen. Außerdem sind *Focusing Events* sowohl den politischen Entscheidungsträgern als auch der Öffentlichkeit in gleichem Maße bekannt (Kingdon, 1995).

Hewitt bezeichnet solche Ereignisse wie Amokläufe auch als sogenannte *un-ness events*. Sie sind unerwartet, unerwünscht, unvorstellbar und stellen oft unüberschaubare Situationen dar. (Hewitt, 1983).

Focusing Events sind aber auch eine wichtige Möglichkeit für politisch benachteiligte Gruppen, sich am politischen Prozess aktiv zu beteiligen, denn sie öffnen ihnen die Möglichkeit ihren politischen Botschaften Gehör zu verschaffen. Diese Botschaften sind zuvor von den dominanten Gruppen oder Koalitionen unterdrückt worden, um den Status Quo aufrecht zu erhalten. Damit sind *Focusing Events* auch ein wichtiges Werkzeug für politische Veränderungen. Dies wird dadurch unterstützt, dass sie schneller und plötzlicher Aufmerksamkeit bekommen, als bisherige und langfristig bekannte und analysierte Probleme und diese auch unmittelbar in der öffentlichen Agenda überschatten und verdrängen. Außerdem machen sie auf Probleme und Gefahren aufmerksam, auf die eine Regierung oder Institution dann regulierend eingreifen kann (Birkland, 1997).

Neben *Focusing Events* können Schul-Amokläufe auch als Auslöser von *Moral Panics* betrachtet werden. (Burns & Crawford, 99) Dieser Ansatz wird meist mit Stanley Cohen verbunden. Dieser definiert *Moral Panics* folgendermaßen: „A condition, episode, person or group of persons emerges to become defined as a threat to societal values and interests; its [the panic] nature is presented in a stylized and stereotypical fashion by the mass media; [...] Sometimes the subject of the panic is quite novel and at other times it is something which has been in existence long enough, but suddenly appears in the limelight. Sometimes the panic passes over and is forgotten [...] at other times it has more serious and long lasting repercussions and might produce such changes as those in legal and social policy or even in the way society conceives itself“ (Cohen, 1972, S. 9).

Der Fokus von *Moral Panics* liegt auf „Bösewichten“ (*evildoers*) oder vermeintlichen „Bösewichten“, die als Feinde der Gesellschaft definiert werden (Burns & Crawford, 99).

Moral Panics entstehen dann, wenn ein substantieller Teil der Öffentlichkeit die moralische Ordnung der Gesellschaft durch diese „Bösewichte“ gefährdet sieht. Daraus ergibt sich die Forderung der Öffentlichkeit Maßnahmen zu ergreifen, um die moralische Ordnung wiederherzustellen (Goode & Ben-Yehuda, 1994).

Dies fokussiert sich häufig auf folgende Reaktionen: „[reaction] typically involves strengthening the social control apparatus of the society, including tougher or

renewed rules, increased public hostility and condemnation, more laws, longer sentences, more police, more arrests, and more prison cells” (Goode & Ben-Yehuda, 1994, S. 30).

Folglich kann man also Amokläufer als jene „Bösewichte“ definieren, die die moralische Ordnung gefährden. Eine potentielle Verschärfung der Waffengesetzgebung wäre dann die Reaktion auf diese von der Öffentlichkeit als Bedrohung wahrgenommene Situation.

Im Folgenden stützt sich diese Arbeit jedoch auf den Ansatz der *Focusing Events*, da dieser geeigneter scheint, um den *Agenda-Setting-Effekt* und das *Framing* in einer politischen Debatte zu beschreiben. Im *Moral Panics*-Ansatz wird dieser Aspekt nach Meinung des Autors zu sehr vernachlässigt. Mit diesem scheint es z. B. schwer zu erklären, wie eine Debatte zu Amokläufen angestoßen werden kann, ohne dass dies in einer Gesetzesänderung resultiert.

2.2 Mobilisierung und Verbreitung von Themen durch *Focusing Events*

Focusing Events bringen bestimmte Interessensgruppen, Regierungsverantwortliche, die Medien oder die Öffentlichkeit dazu, ein neues Problem zu identifizieren, oder mehr Aufmerksamkeit auf ein existierendes aber vernachlässigtes Problem zu richten, um nach einer möglichen Lösung für einen *policy failure* zu suchen (Kingdon, 1995).

Infolgedessen werden *Pro-Change-Gruppen* versuchen eine politische Veränderung auszulösen, indem sie ihre Ideen zur Verbesserung des Problems von der systematischen Agenda in die institutionelle Agenda bewegen wollen. Die systematische Agenda beinhaltet alle möglichen Ideen für eine politische Veränderung, wohingegen die institutionelle Agenda eine Liste der Strategien ist, die tatsächlich aktiv für eine politische Umsetzung in Frage kommen (Cobb & Elder, 1983).

Diese Gruppen versuchen das Thema in der Öffentlichkeit zu platzieren und können so mächtigere bzw. einflussreichere Akteure gewinnen, die eine politische Veränderung unterstützen. Dadurch kann sich die politische Balance verschieben, was eine Veränderung wahrscheinlicher macht (Birkland, 1997).

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Microsoft-Gründer Bill Gates. Er und seine Frau unterstützten Ende August 2014 die Kampagne der „Initiative 594“ im Staat Washington mit einer Spende in Millionen-Höhe. „Initiative 594“ sieht eine

Verschärfung der Hintergrundkontrollen für Waffenverkäufe und Handel im Staat Washington vor. Spenden von solch öffentlichkeitswirksamen Personen wie Gates steigern nicht nur die finanzielle Schlagkraft der Kampagne, sondern vor allem auch deren Popularität und Bekanntheit. „Initiative 594“ erhielt schließlich 60 Prozent der Wählerstimmen (Topaz, 2014).

Die vermehrte Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Problem verstärkt die negative Einstellung zum Status Quo und erhöht ebenfalls die Wahrscheinlichkeit eines *policy change* (Baumgartner & Jones, 1993).

Im Gegensatz dazu versuchen die Gruppen, die den Status Quo unterstützen, da er zum Beispiel ihre politische Macht garantiert, das Thema klein zu halten. In der Waffendebatte in den USA ist die *National Rifle Association* ein Paradebeispiel für eine solche Gruppe. Dieses Herunterspielen wird durch *Focusing Events* stark erschwert, da zum einen die mediale Berichterstattung und das öffentliche Interesse eine starke Ausweitung des Themas fördern, zum anderen spielt die Plötzlichkeit von *Focusing Events* den *Pro-Change-Gruppen* in die Hände, da den Unterstützern des Status Quo kaum Zeit bleibt, das Problem im eigenen Interesse zu *framen*. Falls ihre Macht durch einen *Focusing Event* und den daraus resultierenden *policy change* gefährdet ist, reagieren sie meist defensiv und versuchen das Thema mit dem Hinweis *umzuframen*, dass die aktuelle *policy* ausreichend ist und stattdessen ein anderes Problem vorliegt (Birkland, 1998).

3. Das Framing von Focusing Events

3.1 Der Einfluss von Framing auf die öffentliche Debatte

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln veranschaulicht, steigern Ereignisse wie Amokläufe als *Focusing Events* drastisch die Aufmerksamkeit für ein Thema oder Problem in der Öffentlichkeit. Beispielsweise hat der Amoklauf an der Columbine High School drastisch die Prozentzahl der Personen in der Öffentlichkeit gesteigert, die Gewalt und Waffenkontrolle als wichtigstes Thema gesehen haben, mit dem sich die Regierung auseinandersetzen soll. (Saad, 1999).

Durch einen solchen *Focusing Event* wird somit das Thema Waffen *geframed*. Dabei treten eine Vielzahl von Interessen und politischen Zielen verschiedener Gruppen hervor. Beispielsweise auf der einen Seite diejenigen, die Waffen als Gefahr für die öffentliche Sicherheit sehen, auf der anderen Seite diejenigen, die es

durch das *Second Amendment* als ihr verfassungsgegebenes Recht empfinden, Waffen zu besitzen (Haider-Markel & Joslyn, 2001).

In der politischen Debatte kommt es dann zum *Issue Framing*. Dies beeinflusst wie Probleme oder Themen von der Öffentlichkeit und den politischen Eliten wahrgenommen werden (Gameson, 1992).

Robert Entman definiert dies wie folgt: „Framing is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation” (Entman, 1993, S. 52).

Da es sich bei durch *Focusing Events* aufgedeckten Problemen meist um eher komplexe Themen handelt, existieren oft mehrere alternative Interpretationen des *Issues*. Die öffentliche Debatte ist deshalb von der dominanten, also der am erfolgreichsten *geframeden* Interpretation abhängig. Diese ist sehr präsent in der öffentlichen Wahrnehmung und deshalb für die meisten am einfachsten zugänglich. Dabei ist die Überzeugungskraft des *geframeden* Inhalts auch von der Prädisposition des Empfängers zum Thema abhängig (Haider-Markel & Joslyn, 2001).

3.2 Der Wettkampf um den dominanten *Frame*

Krisen, Disaster, Skandale etc. werfen oft einen langen Schatten auf die jeweilig betroffene *Polity* (Baumgartner & Jones, 1993).

Ihr Auftreten sorgt für ein Gefühl von Bedrohung und Unsicherheit in der Öffentlichkeit und kann die Weltsicht der Menschen verändern. Dies äußert sich oft in einem Wunsch nach struktureller Veränderung, sei es durch politische Maßnahmen oder einer Veränderung der Ämterbesetzung von politischen Eliten. Dies muss aber nicht zwangsläufig der Fall sein. Deshalb stellt sich die Frage, wie es trotz des bereits besprochenen *Agenda-Setting-Effekts* von *Focusing Events* und der verschiedenen *Frames* manchmal zu politischen Konsequenzen nach Krisen kommt und manchmal nicht (Boin et al., 2008).

Wie bereits erläutert bieten *Focusing Events* ein Fenster für anwaltschaftliche Gruppen sich für eine politische Veränderung einzusetzen und die amtierenden Eliten herauszufordern (Birkland, 1997).

Arjen Boin, Paul 't Hart und Allan McConnell schlagen vor die Auswirkungen und Folgen von Krisen als einen *frame contest* zu verstehen, in dem verschiedene Akteure versuchen, das eben genannte Fenster zu nutzen (Boin et al., 2008).

Die „Wettbewerber“ kämpfen, manipulieren und entwerfen Strategien, damit sich ihr *Frame* als dominanter Narrativ in der Öffentlichkeit durchsetzt. Die Autoren folgen damit der Logik des Thomas Theorems, welches wie folgt lautet: „If men define situations as real, they are real in their consequences“ (Thomas & Thomas, 1928, S. 572).

In anderen Worten: Die Gruppe, die es schafft ihren *Frame* durchzusetzen, hat das Potential, dass ihn die Öffentlichkeit als den einzig richtigen wahrnimmt und es dementsprechende Folgen für die politischen Eliten und deren Politik hat (Boin et al., 2008).

Akteure, die nach einer Krise aktiv werden, können drei verschiedene Haltungen zum *Issue* einnehmen. Erstens: diejenigen, die bestreiten, dass es sich beim Event um mehr als nur einen unglücklichen Zwischenfall handelt und deshalb dazu neigen die Idee für politische Konsequenzen herunterzuspielen. Zweitens: die Gruppen, die glauben, dass die Events eine kritische Bedrohung für das Wohl der Gemeinschaft darstellen, welches durch den Status Quo verkörpert wird, der vor den Events bestand. Deshalb verteidigen sie den Status Quo, die aktuellen Amtsinhaber und deren Politik gegen Kritik. Drittens: Akteure, die den Event für eine entscheidende Möglichkeit halten, um vorab Mängel im Status Quo aufzuzeigen. So kann tadelnswertes Verhalten von *Status-Quo-Gruppen* oder deren fehlerhafte Politik dokumentiert werden, um so Unterstützung für deren Absetzung oder Veränderung zu mobilisieren (Boin et al., 2008).

Mit diesen Prädispositionen begeben sich die Akteure dann in den ersten *frame contest*. Darin versuchen die Akteure je nach den eben beschriebenen Haltungen die Signifikanz der Krise zu minimalisieren, anzuerkennen oder zu maximieren. Beim Minimalisieren besteht jedoch die Gefahr von der Öffentlichkeit Blindheit oder Passivität vorgeworfen zu bekommen. Beim Maximieren dagegen Opportunismus oder Panikmache. Da Krisen aber meist sehr vielschichtig sind, gibt es für alle drei *Framing-Typen* relativ viel Reaktionsspielraum. Wobei es von Fall zu Fall einen anderen kritischen Wendepunkt gibt, bei dem die öffentliche Unterstützung kippt (Boin et al., 2008).

Nur wenn die Taktik des Leugnens der Signifikanz des Problems fehlschlägt, kommt es zum zweiten *frame contest*. Darin zentriert sich das *Framing* auf die Kausalität der Krise. Also wer oder was lenkt den Verlauf des Events. Nach Boin, 't Hart und McConnell sind von dieser Kausalität zwei abhängige Variablen betroffen: Erstens: Das politische Schicksal der Amtsträger. Zweitens: Die Zukunft der politischen Programme und der betroffenen Organisationen. (Boin et al., 2008)

Die Erklärung der Krisen wird dann zu einer Form der Schuldzuweisung. In anderen Worten: „to explain is to blame“ (Bovens & 't Hart, 1996, S. 129).

Wenn kausale *Frames* Faktoren hervorheben, die für die jeweiligen politischen Verantwortlichen als vorhersehbar oder kontrollierbar gelten, dann *endogenisieren* sie die Verantwortung. Das heißt die Schuld wird bei den politischen Gestaltern gesucht. Wirken die Faktoren dagegen *exogenisierend*, werden die politischen Amtsträger nicht in Verantwortung gezogen und der Status Quo bleibt weitgehend intakt. Dies ist der Fall, wenn *Frames* die Verantwortung beispielsweise in den Kräften der Natur (Erdbeben, Vulkanausbrüche, Flutkatastrophen etc.) oder *Outgroups* (religiöse Radikale, gierige Banker, menschliches Versagen, etc.) sehen. Dabei tendieren Gruppen, die die zweite Haltung vertreten zum *Exogensieren*, wohingegen die der dritten *Frame-Haltung* zum *Endogenisieren* neigen (Boin et al., 2008).

3.3 Die interessensabhängige Nutzung von Krisen

Entsprechend ihres *Framings* versuchen sowohl die Gruppen die sich für eine politische Veränderung einsetzen, als auch jene, die anwaltschaftlich den Status Quo vertreten, Krisen für ihre politischen Ziele und Interessen zu nutzen. Dies läuft in zwei verschiedenen Sphären ab. Zum einen im *political game*, in dem die Regierung gegen die Opposition antritt (inner- und außerparlamentarisch). Zum zweiten das *policy game*. Darin treten im Allgemeinen die Advokaten des Status Quo gegen die Advokaten einer politischen Veränderung an. Dabei sind die Advokaten des Status Quo oft, aber nicht zwangsläufig, Vertreter der Regierung und deren Verbündete. Genauso regelmäßig, aber auch nicht zwingend, vertritt die Opposition und je nach politischem System Journalisten, Interessensgruppen, oder Opfer von Krisen und deren Anwälte diejenigen, die eine Veränderung wollen (Boin et al., 2008).

Der dieser Arbeit zu Grunde liegende Fall, der Newtown-Amoklauf, dient dabei als gutes Beispiel einer Ausnahme gegen diese Regel. Denn Barack Obama hat sich in Folge dieser Tragödie als amtierender US-Präsident und damit als oberster Regierungsvertreter für eine Verschärfung des Waffenrechts und somit eine Veränderung des politischen Status Quo ausgesprochen.

4. Begründung der Fallauswahl

Der Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School stellt aus mehreren Gründen einen interessanten Fall dar, um dessen Einfluss auf die politische Debatte und daraus potentiell resultierende Konsequenzen zu untersuchen.

Erstens erfüllt er vollständig die aus Kapitel 2.1 bekannten Kriterien eines *Focusing Events*. Dadurch hatte der Amoklauf theoretisch das Potential eine Veränderung der der Debatte zur Waffengesetzgebung in den USA zu initiieren. Vor allem, da in der öffentlichen Wahrnehmung der Amoklauf in einem Kino in Aurora, Colorado nur fünf Monate zuvor noch sehr präsent war.

Zweitens weisen Amokläufe in Dunblane (Schottland) und Erfurt (Deutschland) strukturelle Ähnlichkeiten zu Newtown auf. Diese lösten dann auch in den jeweiligen Ländern eine Debatte über das Waffenrecht aus.

In Dunblane betrat der 43-jährige Thomas Hamilton am 13. März 1996 eine Grundschule und erschoss 16 Schüler und einen Lehrer bevor er Selbstmord begann. Als Mitglied des örtlichen Schützenvereins hatte er einfach Zugang zu Schusswaffen. Die *Conservative*-Regierung unter John Major untersagte in Folge dessen den Privatbesitz von Handfeuerwaffen über Kaliber .22. Tony Blair und dessen Labor-Regierung weiteten nach deren Wahl 1997 das Verbot auf alle Handfeuerwaffen unabhängig vom Kaliber aus (Hurka & Nebel, 2013).

Robert Steinhäuser (damals 19) erschoss am 26. April 2002 an seiner ehemaligen Schule, dem Gutenberg-Gymnasium in Erfurt, 13 Lehrer, zwei Schüler, einen Polizisten und schließlich sich selbst. Auch er war Mitglied bei einem Schützenverein, wodurch er den Amoklauf mit seinen Sportwaffen durchführen konnte. Dies führte zu einer weiteren Verschärfung des im Vergleich zu den USA und dem Vereinigtem Königreich vor Dunblane vergleichsweise recht strengen Waffenrechts in Deutschland. Altersgrenzen wurden angehoben, Pumpguns mit Pistolengriff wurden verboten und Schützen unter 25 Jahren müssen seit dem zwingend einen medizinisch-psychologischen Test ablegen (Hurka & Nebel, 2013).

Diese Fälle haben mit Newtown gemein, dass sie alle mit legal erworbenen Schusswaffen ausgeführt wurden, zu denen die Täter relativ leichten Zugang hatten. Außerdem handelt es sich bei allen drei Fällen um Schul-Amokläufe, was in der Öffentlichkeit wegen der Grausamkeit besonders großes Entsetzen hervorruft und so einen Politikwechsel noch wahrscheinlicher machen kann. Es lässt sich argumentieren, dass dies für Newtown besonders gelten muss, da die Opferzahlen jene in Dunblane und Erfurt weit übersteigen. Im Vergleich zu Newtown kam es aber in Deutschland und im Vereinigten Königreich zu verbindlichen Verschärfungen des Waffenrechts, die über alle Bundestaaten bzw. Grafschaften hinweg gelten. Dabei ist aber zu beachten, dass es sich bei diesen drei Fällen um sehr unterschiedliche *Policy*-Räume handelt. Daher unterscheiden sich die Kompetenzen der Parlamente in Deutschland und Großbritannien in Bezug auf die Waffengesetzgebung teilweise stark von denen des US-Kongresses, weil die US-Bundestaaten auch weitreichende Möglichkeiten besitzen auf die jeweilige Waffengesetzgebung einzuwirken und so Entscheidungen des Kongresses entgegenwirken können. Ein direkter Vergleich der *Policy*-Veränderungen in der Waffengesetzgebung von europäischen Parlamenten im Vergleich zum US-Kongress ist daher nur unter diesem Vorbehalt möglich, weshalb in dieser Arbeit auch der Fokus auf der Debatte im US-Kongress liegt.

Drittens handelt es sich beim Massaker in Newtown um ein relativ aktuelles Ereignis, weshalb eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema vielversprechender scheint, als sich erneut mit ähnlichen Fällen, wie dem Amoklauf an der Columbine High School oder an der Virginia Tech zu beschäftigen. Diese Fälle liegen schon länger zurück und sind deshalb schon ausführlich wissenschaftlich durchleuchtet worden.

Außerdem konzentriert sich die Literatur zu *Focusing Events* häufig auf *Policy-Changes* und wann bzw. unter welchen Umständen diese zustande kommen. Der Fokus dieser Arbeit soll aber rein auf der Wirkung von *Focusing Events* auf die politische Debatte liegen.

5. Die Waffendebatte im US-Kongress vor und nach dem Newtown Amoklauf

5.1 Der Kongress als Untersuchungsgegenstand

Im bisherigen Teil der Arbeit zeigte sich, dass es Amokläufe – insbesondere tragische wie der in Newtown – theoretisch als *Focusing Events* schaffen, sehr schnell eine wichtige Rolle in der öffentlichen Agenda einzunehmen und so vom *Framing* abhängig das Potential haben, eine Veränderung der Debatte zum Thema auszulösen. Dies wird nun anhand der im US-Kongress geführten Debatte zum Waffenrecht überprüft. Dafür wird aufgezeigt, wie sich die Kongressdebatte vor und nach dem Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School verändert hat.

Der Kongress eignet sich als institutionelle Einrichtung besonders gut, um die Auswirkungen des Newtown Shootings als *Focusing Event* zu untersuchen. Die Aktivitäten des Kongresses sind stets gut dokumentiert und es ist davon auszugehen, dass wahrscheinlich wenigstens einige hunderte Mitglieder entweder durch das Streben nach guter Politik, oder durch Druck aus der Wählerschaft motiviert sind, auf *Focusing Events* zu reagieren. Vor allem Kongressanhörungen sind ein guter Indikator für die Aktivität von Gruppen, da sie ein beliebtes Ziel des Lobbyings durch Interessensgruppen sind (Birkland, 1998).

Für diese Arbeit wird die Debatte zum Waffenrecht der letzten sieben Monate des 112. (1. Juni 2012 bis 3. Januar 2013) und die ersten sechs Monate des 113. Kongress (3. Januar 2013 bis 30. Juni 2013) der Vereinigten Staaten als Datenquelle dienen, da diese beiden Legislaturperioden den Zeitpunkt des Amoklaufs am 14. Dezember 2012 umfassen. Dadurch lässt sich eine zeitnahe Auswirkung auf die Debatte durch diese Tragödie am besten überprüfen. Die beiden Legislaturperioden fallen in die erste und zweite Amtszeit des demokratischen Präsidenten Barack Obama. Sowohl im 112. als auch im 113. Kongress hielten die Demokraten die Mehrheit im Senat mit jeweils 53 % bzw. 55 % der Senatssitze. Gleichzeitig hatten die Republikaner jedoch in beiden Legislaturperioden mit jeweils 55,7 % bzw. 53,9 % die Mehrheit im Repräsentantenhaus (Manning, 2011, 2014).

Auf Grund der recht ähnlichen Zusammensetzung des 112. und 113. Kongresses ist zu vermuten, dass die Parteinahme auf Grund der fast identischen Mehrheitsverhältnisse einen eher untergeordneten Einfluss auf eine potentielle

Veränderung der Debatte vom 112. auf den 113. Kongress hat. Zudem argumentiert Thomas Birkland, dass Parteilichkeit in Bezug auf die Mobilisierungsdynamik von *Focusing Events* eine zu vernachlässigende Rolle spielt: „To the extent that partisanship matters, it can reasonably be assumed to be part of the ‘error term’ of any model of focusing event dynamics. Ultimately, focusing events are of such magnitude and occupy so much space in the public agenda that Congress, regardless of the party in power, may ignore the events at its peril” (Birkland, 1998, S. 60).

5.2 Daten und Methode

Die Debatte im Kongress lässt sich über *THOMAS* (URL: thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php), die Suchmaschine der Bibliothek des Kongresses, abrufen. Über eine Suchmaske kann man damit die Kongress-Aufzeichnungen zu einem bestimmten Thema über einen bestimmten Zeitraum überblicken. Für diese Arbeit wird mit dem Suchbegriff „gun control“ der Zeitraum vom 1. Juni 2012 bis zum 1. Juni 2013 untersucht, da dies ein sehr umfassendes Trefferbild zum Untersuchungsgegenstand liefert. Damit ist auch der Amoklauf in Aurora, Colorado eingeschlossen, bei dem der 24-jährige James Eagan Holmes am 20. Juli 2012 in einem Kino bei Premiere des Films „The Dark Knight Rises“ zwölf Menschen erschossen hat (Brown, 2012).

In diesem Zeitraum lässt sich so nachvollziehen, wie sich die Debatte zur Waffenkontrolle im 112. Kongress kurz vor dem Amoklauf in Aurora bis kurz nach dem in Newtown entwickelt hat und wie sich die Debatte in der neuen Legislaturperiode, dem 113. Kongress, in den ersten sechs Monaten fortführt. Außerdem lassen sich damit die direkt durch das Ereignis ausgelösten *Frames*, also die direkte Reaktion im Kongress, am besten beobachten. Dies soll Aufschluss darüber geben, ob und wie der Newtown-Amoklauf Einfluss auf die Veränderung bestimmter Koalitionen oder Netzwerke und deren *Frames* hatte und ob sich diese über den Untersuchungszeitraum verändert haben, oder ob die Koalitionen gar aufgebrochen sind.

Diese Aussagen im Kongress zur Waffengesetzgebung sind dann die Datengrundlage, die anschließend mit dem Programm *Discourse Network Analyzer* (*DNA*) analysiert werden. *DNA* ist ein von Philip Leifeld entwickeltes, auf Java basierendes Programm, das die qualitative Kodierung von Artikeln und Aussagen

ermöglicht. So werden die Daten zur Netzwerkanalyse und Visualisierung vorbereitet, damit die Beziehungen von Akteuren in einem bestimmten Diskurs abgebildet werden können. Auch die Stärke der Verbindungen kann quantifiziert werden. Durch diese Analyse können Koalitionen in bestimmten Politikfeldern und deren bevorzugte *Frames* identifiziert werden (Leifeld, 2011).

Damit ist zu sehen, ob es vor dem Newtown Shooting bereits eine bestimmte Koalitionen im Kongress gab, die sich entweder pro oder contra einer Verschärfung des Waffenrechts ausgesprochen haben, und ob sich diese Koalitionen in Folge des Amoklaufs verändert haben.

Um dies zu erreichen werden die Aussagen von Kongressmitgliedern (Abgeordnete und Senatoren) zum Thema Waffenkontrolle mit Hilfe des Programms *DNA* in vier verschiedenen Merkmalen kodiert: *person*, *organization*, *category* und *agreement*.

Zur Veranschaulichung folgt hier eine Aussage der demokratischen Abgeordneten und ehemaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten Nancy Pelosi vom 17.12.2012: „Some people are calling them high capacity or whatever. They’re assault magazines. They make every weapon an assault weapon that they are compatible with, whether it’s a pistol or a rifle or whatever it is. So yes, we want to ban assault weapons, but these assault magazines make every weapon that they’re compatible with an assault weapon. It doesn’t take a lot to figure out what we need to do immediately, and then maybe do more later.”

Diese Aussage wird in der Arbeit folgendermaßen kodiert: Nancy Pelosi (*person*), House of Representatives (D für Demokrat/in) (*organization*), Waffenbesitz soll stärker reguliert werden (*category*) und schließlich Yes (*agreement*).

Grundlegend unterscheiden sich die Statements derer, die eine schärfere Waffengesetzgebung fordern (mehr Hintergrundkontrollen, Verbot bestimmter Waffen- und Magazintypen, etc.) und Waffen als Gefahr für die Sicherheit in der Gesellschaft sehen, die sie durch eine strengere Gesetzgebung mindern wollen von jenen, die den Status Quo und somit die aktuelle Form des Waffenrechts beibehalten wollen, da sie die Ursachen von Amokläufen meist anders verorten (mentale Gesundheit, Gewalt in den Medien, etc.).

Die Kategorien (*category*) für den Kodierungsprozess ergaben sich jedoch nicht im Vorherein, sondern wurden im Laufe des Prozesses fortlaufend ergänzt und überarbeitet. Laut Phillip Leifeld ist dies die übliche Herangehensweise in der Diskurs Netzwerk Analyse, da es kaum möglich ist einen vollständigen Kategorien-

Satz deduktiv vor der empirischen Analyse zu entwickeln. Stattdessen ist es wahrscheinlicher, dass sich während des Kodierungsprozesses neue Kategorien bilden, die man zuvor noch nicht antizipiert hat (Leifeld, 2011).

Der *DNA* ermöglicht eine Konvertierung der qualitativen Codes zur Schaffung visueller Netzwerke durch sechs verschiedene Algorithmen. Für eine geeignete Visualisierung der Waffendebatte im Kongress wird in dieser Arbeit der Algorithmus zum Erstellen eines sogenannten *Affiliate-Networks* verwendet. Wie der Name schon andeutet ermöglicht dies das Erstellen eines zweiteiligen Netzwerkes von Personen oder Organisationen und deren verwendete Kategorien, ob positiv oder negativ, zu einem politischen Thema (Leifeld, 2012).

Diese Arbeit stellt dar, wie die beiden Kammern des US-Kongresses zu bestimmten Kategorien in der Waffendebatte stehen, die sich im Kodierungsprozess ergeben haben.

Zur Visualisierung des qualitativen Datensatzes diente das Programm *Visone* (*Visual Social Networks*).

5.3 Die Waffendebatte im 112. Kongress

5.3.1 Der Verlauf der Debatte im Untersuchungszeitraum

Im Auswertungszeitraum zur Waffendebatte im 112. Kongress vom 1. Juni 2012 bis zum 3. Januar 2013 kann man mit dem Suchwort „gun control“ 54 Kongressmitglieder identifizieren, die sich zum Thema geäußert haben. Von den 54 Personen gehören die überwiegende Mehrheit von 50 Personen der Demokratischen Partei an, nur die übrigen vier sind Republikaner. Diese sind ausschließlich Abgeordnete des Repräsentantenhauses, keine Senatoren. Somit war die Debatte im Untersuchungszeitraum des 112. US-Kongresses stark von den Demokraten dominiert. Diese stellten insgesamt 44 Abgeordnete und alle sechs Senatoren, die sich zum Thema Waffenkontrolle geäußert haben.

Die 54 Kongressmitglieder haben sich in 68 gefundenen Wortbeiträgen zur Debatte um eine Verschärfung der Waffenkontrolle geäußert. Davon stammen 60 von Abgeordneten des Repräsentantenhauses und 8 von den Senatoren.

Betrachtet man die in *Abbildung 1* dargestellte Verteilung der Anzahl der Wortbeiträgen bezogen auf die Monate im Untersuchungszeitraum, erkennt man

sehr deutlich, wie sehr die Debatte durch die Amokläufe in Aurora am 20. Juli 2012 und insbesondere Newtown am 14. Dezember 2012 angefacht wird.



Abbildung 1 Anzahl der Aussagen im Verlauf der Waffendebatte im 112. Kongress

Im Juni äußerte sich nur Senator Carl Levin am Ende des Monats zum Thema Waffenkontrolle. Auch Anfang Juli fand die Debatte im Kongress vorerst nicht statt. Erst in Folge des Amoklaufs in Aurora wurde das Thema Waffenkontrolle wieder Teil der Agenda im Kongress. Alle 12 Beiträge folgen auf den Amoklauf am 20. Juni. Anschließend verfällt die Debatte wieder über die Monate August, September, Oktober und November auf vereinzelte Statements. Ab Mitte Dezember wird die Kongressdebatte dann durch den Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School extrem angeheizt. Alle 50 der 51 Beiträge finden in Folge des Amoklaufs am 14. Dezember 2012 statt. Am 6. November 2012 fanden sowohl die 57. Präsidentschaftswahlen, als auch die Kongresswahlen statt. Deshalb war der Kongress im November und Anfang Dezember auch nur sehr eingeschränkt tätig. Dies hatte automatisch ein Abklingen der Debatte zur Folge. Dieser Trend lässt sich aber eben auch schon in den Monaten zuvor beobachten. Deshalb unterstreicht die sehr starke Akkumulation der Aussagen rund um die Zeitpunkte der Amokläufe nichtsdestotrotz deutlich den *Agenda-Setting-Effekt* von Amokläufen als *Focusing Events*. Die hohe Mobilisierung der Debatte im Kongress vor allem durch den Newtown-Amoklauf lässt sich durch die besonders hohe Tragik und die Symbolhaftigkeit der Bilder erklären, die er ausgelöst hat (Birkland, 1998).

Zum einen ist vor allem eine tragisch hohe Zahl an Kindern im Kindergartenalter unter den Opfern, zum anderen gingen die Bilder von Eltern, die verzweifelt nach ihren Kindern suchten, durch die Medien. Diese Bilder und deren Symbolik löste eine große öffentliche Erschütterung aus, was der Debatte im Kongress zusätzliche Fahrt gegeben haben dürfte.

5.3.2 Die Koalitionen und ihre Frames im 112. Kongress

Aus den Zahlen des vorherigen Kapitels geht bereits hervor, dass die Waffendebatte im 112. US-Kongress im Zeitraum von Juni bis einschließlich Dezember 2012 stark von der Demokratischen Partei dominiert war. *Abbildung 2* zeigt das Diskursnetzwerk für diesen Untersuchungszeitraum und die in der Kongressdebatte zur Waffenkontrolle vorherrschenden *Frames*. Darauf sind die zwölf für den Untersuchungszeitraum dominanten *Frames* abgebildet, die in Form von *categories* mit Hilfe des *DNAs* kodiert wurden. Diese zwölf *Frames* verteilen sich insgesamt auf 215 kodierte Statements und stammen aus den im vorherigen Kapitel besprochenen Wortbeiträgen. Auf die *Frames* wird im Folgenden genauer eingegangen. Dadurch zeigt sich wie häufig sie im Untersuchungszeitraum genannt werden und wie oft ihnen zugestimmt wird oder sie abgelehnt werden. Dann werden die dahinterstehenden Positionen der Kongressmitglieder erklärt und mit stellvertretenden Statements verdeutlicht.

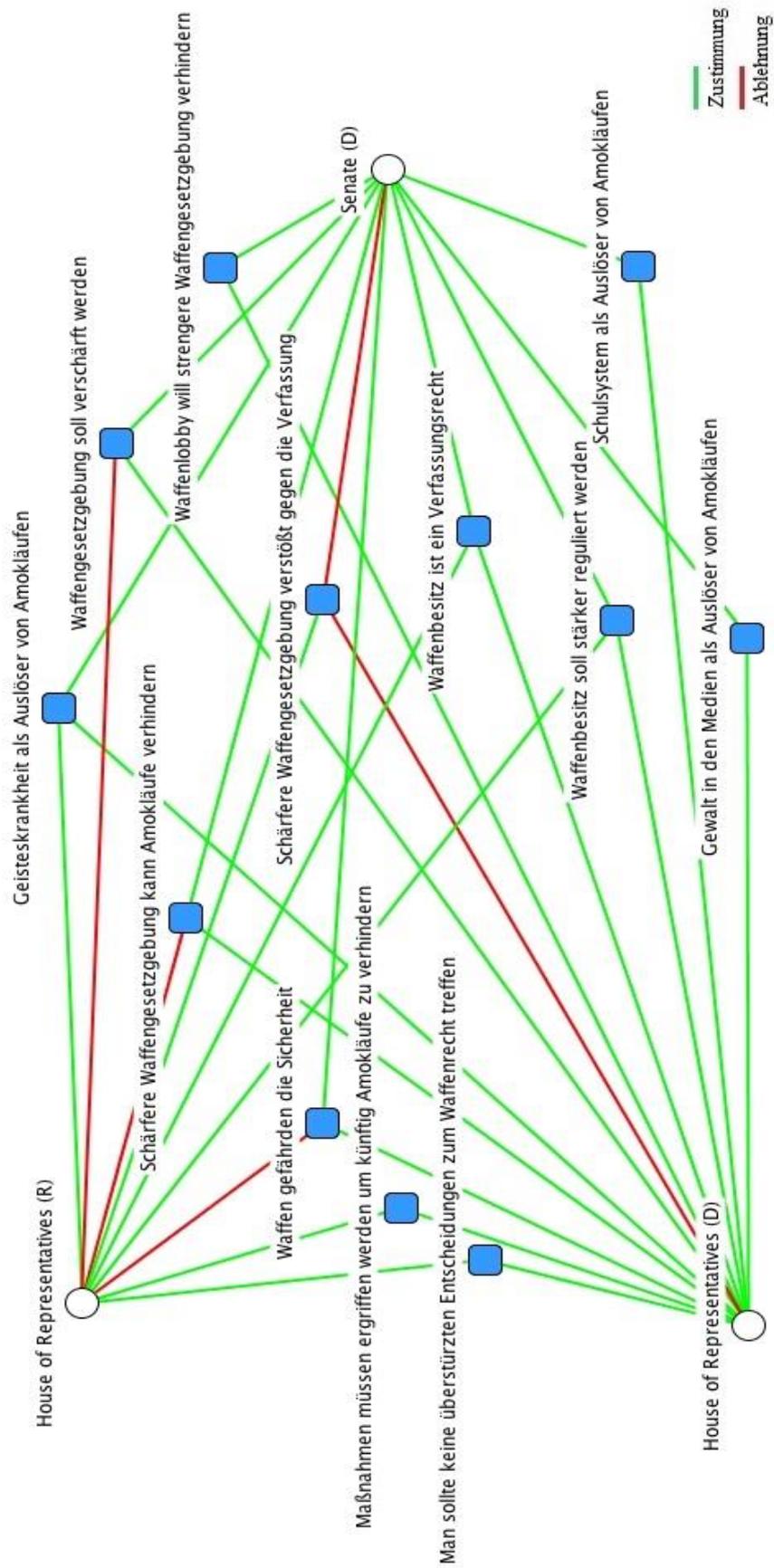


Abbildung 2 Affiliation-Diskurs-Netzwerk des 112. Kongresses im Untersuchungszeitraum

Waffengesetzgebung soll verschärft werden (N=36; Zustimmung 35, Ablehnung 1):

Die Demokraten bilden in der Debatte um Waffenkontrolle direkt nach dem Amoklauf in Aurora bis hin zu dem in Newtown und dem direkt folgenden Zeitraum eine Koalition im Kongress, die sich für eine Veränderung des Status Quo ausspricht. Grundsätzlich spricht sich diese Koalition für eine Verschärfung des US-Waffenrechts aus. Die Dominanz dieser Koalition belegt auch die Zustimmung zu diesem *Frame*. Von den 36 Nennungen stimmen 35 dem *Frame* zu. Die eine Ablehnung stammt vom Republikaner Ted Poe.

Waffenbesitz ist ein Verfassungsrecht (N=10; Zustimmung 10, Ablehnung 0):

Auffällig ist dabei, dass keine Koalition im Kongress das durch das *Second Amendment* garantierte Verfassungsrecht eines jeden Amerikaners eine Waffe zu besitzen und zu tragen grundsätzlich in Frage stellt. Dieser *Frame* wird von keiner Koalition abgelehnt. Dies mag unter anderem daran liegen, dass dieses Recht zum Zeitpunkt der Debatte kürzlich durch Urteile des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten bestätigt wurde (*District of Columbia vs. Heller, 2008 & McDonald vs. Chicago, 2010*) (Spitzer, 2012).

Im Kongress ist man sich also parteiübergreifend einig, dass Waffenbesitz ein durch das *Second Amendment* garantiertes Verfassungsrecht ist.

Schärfere Waffengesetzgebung kann Amokläufe verhindern (N=23; Zustimmung 22, Ablehnung 1)

Waffen gefährden die Sicherheit (N=57; Zustimmung 56, Ablehnung 1):

Die *Pro-Regulierungs-Koalition* vertritt dennoch die Position, dass sich durch eine verstärkte Regulierung des Waffenbesitzes zukünftig die Anzahl solch dramatischer Vorfälle wie dem Newtown-Amoklauf senken lässt, da die aktuelle Waffenregulierung eine Gefahr für die Sicherheit in der amerikanischen Gesellschaft darstellen. Dies untermauern einige Kongressmitglieder mit Opferzahlen durch Waffenmissbrauch und Unfälle mit Schusswaffen in den USA.

Auch hier zeigen die Zustimmung- und Ablehnungszahlen, dass sich das Regulierungsnetzwerk mit nur geringer Ablehnung von Seiten der Republikanischen Partei konfrontiert sieht. Die Zurückhaltung der Republikaner ist umso erstaunlicher, da es sich hierbei nach Meinung des Autors um grundlegende *Frames* handelt, mit der sich eine Verschärfung des Waffenrechts begründen lässt.

Überdies werden diese *Frames* relativ häufig in der Debatte vorgebracht. Insbesondere, dass unregulierte Waffentypen (Kriegswaffen) eine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen wurde am häufigsten in der Debatte genannt.

Waffenbesitz soll stärker reguliert werden (N=37; Zustimmung 37, Ablehnung 0):

Immer wiederkehrende Begriffe im Bezug zur Regulierung des Waffenbesitzes der demokratischen Koalition sind die häufig genannten Stichwörter wie „commonsense“, „sensible“ oder „reasonable“. Die Regulierung des Waffenbesitzes ist eine der zentralsten Forderungen der *Pro-Regulierungs-Koalition*. Dabei unterscheiden sich die Kongressmitglieder, die dieser Koalition angehören, aber häufig darin, wie weit diese Regulierung gehen soll. Es ist eine sehr häufig genannte Forderung in der Debatte, zu der es zumindest keine laut geäußerte Ablehnung von Seiten des *Status-Quo-Netzwerkes* gibt. Fast immer werden verstärkte Hintergrundkontrollen beim Waffenkauf gefordert, in denen vermehrt die Kriminalitätshistorie und mögliche mentale Erkrankungen bei potentiellen Waffenkäufern überprüft werden sollen, um labilen und risikobehafteten Menschen den grundsätzlichen Zugang zu Waffen zu erschweren. Außerdem wird häufig das Verbot von militärischen Magazinen mit einer hohen Kapazität für Patronen gefordert, da diese nach Meinung vieler Kongressmitglieder zur Jagd oder für Sportschützen schlicht überflüssig sind und stattdessen Amokläufern oder Straftätern ermöglichen viele Opfer unter Beschuss zu nehmen, ohne nachladen zu müssen.

Stellvertretend für diese *Frames* der Koalition, die sich für eine Regulierung ausspricht, dient die Aussage des demokratischen Abgeordneten Jim McDermott vom 18.12.2012 vier Tage nach dem Newtown-Amoklauf: „Anybody knows you don't hunt with a banana clip with 30 bullets in it. That's not hunting. That's not what you use at a gun range. We know that we shouldn't be able to buy a gun, if you have a record of serious mental illness. You would think those things that were common sense would become law.“

Einen weiteren prominenten *Frame* zur Regulierung äußert stellvertretend die demokratische Abgeordnete Louise Slaughter in ihrer Stellungnahme zum Newtown-Amoklauf am 17.12.2012: „[...] we must close the so-called 'fire sale loophole' and 'gun show loophole' – two products of a powerful gun lobby that must be brought to heel. Because of these loopholes more than 40 percent of all

guns sold in the United States are sold without the buyer undergoing a federal background check. [...] In a country of 315 million people, there are almost 280 million guns owned. Of those 280 million guns, almost 112 million of them will have been purchased without a background check.”

Das Schließen des sogenannten *gun show loopholes* ist auch ein sehr häufig vorgebrachtes Ziel, das die *Pro-Regulierungs-Koalition* in der Waffendebatte anspricht. Dieses Schlupfloch wurde 1986 durch den *Firearm Owners Protection Act* auf Druck der *National Rifle Association* und anderer Waffenrechts-Gruppierungen geöffnet. Dieser besagt, dass private Verkäufer auf sogenannten *gun shows* im Gegensatz zu offiziellen Händlern mit einer *Federal Firearms License* keine Hintergrundchecks bei ihren Kunden durchführen müssen. Somit können dort auch Menschen mit psychischen Erkrankungen oder sogar verurteilte Straftäter relativ problemlos an Schusswaffen gelangen. Das *gun show loophole* löste eine Boomphase für diese Art des Waffenhandels aus (Wilson, 2007).

Diese Regulierungsformen bilden eine Art Grundkonsens in der Koalition für eine Verschärfung des Waffenrechts. Es gibt aber auch Kongressmitglieder der Demokratischen Partei, die in der Debatte auch die Reaktivierung des *Assault Weapon Bans (AWB)* fordern. Dieser wurde in Folge einer strengeren Regulierungsphase in den USA Ende der 1980er und 90er Jahre 1994 unter Präsident Bill Clinton als Bundesgesetz eingeführt. Der *AWB* untersagte die Herstellung und den Import von semiautomatischen Waffen für den zivilen Gebrauch, die auf Grund ihrer Bauart als *assault weapons* zum militärischen Gebrauch definiert wurden. Als Definitionskriterien zählten dabei zum Beispiel ein Pistolengriff an Gewehren, typischerweise große Magazine mit einer Kapazität von 20 oder 30 Schuss, kompaktes Design und eine leichte Bauweise, ein Mündungsfeuerdämpfer und Halterungen für Granatwerfer oder Bajonette. Ähnliche Kriterien galten auch für Pistolen und Schrotflinten. Als *assault weapon* galten Waffen, die zwei oder mehr Kriterien des Definitionskatalogs erfüllten (Spitzer, 2012).

Der *AWB* enthielt jedoch eine 10-jährige Verfallsklausel und obwohl ihn zum Ende seiner Laufzeit 68 Prozent der Amerikaner befürworteten, lief er am 13. September 2004 durch maßgeblichen Einfluss der *NRA* ohne Verlängerung aus. Seitdem wurde regelmäßig versucht den *AWB* wieder zu reaktivieren, was bisher scheiterte (Spitzer, 2012).

Zu den Kongressmitgliedern, die sich in Folge des Newtown-Amoklaufs für eine Erneuerung des *Assault Weapon Bans* und sogar weitergehende Maßnahmen eintrat, sich also in der Waffendebatte für eine verhältnismäßig weitreichende Regulierung aussprach, war die Abgeordnete Louise Slaughter. Die Demokratin führte am 17.12.2012 im Repräsentantenhaus Folgendes aus: „We can begin by taking the most dangerous and deadly weapons off our streets. That means we must do more than simply reinstate the Assault Weapon Ban of 1994. We must strengthen that law by including language that retroactively applies to weapons already in possession, so that law enforcement finally can remove all assault weapons from our communities. These weapons serve no purpose other than to kill human beings.”

Es ist jedoch festzuhalten, dass Louise Slaughter eine vergleichsweise extreme Position innerhalb der Koalition einnahm, die sich in der Kongress-Debatte für eine Regulierung des Waffenbesitzes aussprach. Es gab auch demokratische Abgeordnete, die zwar grundsätzlich für eine Verschärfung des Waffenrechts eintraten, denen aber diese Regulierungsmaßnahme zu weit ging. Festzuhalten ist, dass sich im Untersuchungszeitraum des 112. Kongresses die *Pro-Regulierungs-Koalition* zwar einig darin war, dass das Waffenrecht angepasst werden soll, aber uneins darüber war wie weit diese Regulierung tatsächlich gehen sollte. Die allgemeine Forderung nach einer verschärften Regulierung ist aber einer der am häufigsten genannten und wichtigsten *Frames* der demokratischen *Pro-Change-Koalition*.

Schärfere Waffengesetzgebung verstößt gegen die Verfassung (N=8; Zustimmung 1, Ablehnung 7):

Diejenigen Kongressmitglieder, die der *Pro-Regulierungs-Koalition* angehörten, waren sich auch darüber einig, dass eine Waffenregulierung in Maßen grundsätzlich mit dem *Second Amendment* vereinbar ist und somit nicht gegen die Verfassung verstößt. Stellvertretend dafür steht die Aussage von Senator Richard Blumenthal vom 18.12.2012: „The Supreme Court has spoken clearly in the Heller case that law-abiding Americans have constitutional rights to own firearms, whether for self-protection, hunting, competitive shooting or any other proper purpose. That is the law. But the Supreme Court also has made clear the government can appropriately impose sensibly regulations, as it can in many other areas in constitutional rights, on how firearms are used and purchased. Everyone

would agree criminals and deranged people should not be able to get their hands on firearms.”

Auch in dieser Aussage zeigt sich die Dominanz der *Pro-Regulierungs-Koalition* in diesem Zeitraum.

Waffenlobby will strengere Waffengesetzgebung verhindern (N=17; Zustimmung 17, Ablehnung 0):

In dieser Koalition wird immer wieder beklagt, dass die Waffenlobby und deren rechts-konservative Anhänger im Kongress stetig versuchen strengere Gesetzgebungsvorhaben zu blockieren.

Wie aus Kapitel 5.3.1 hervorgeht ist die Waffendebatte des 112. Kongresses anhand der Anzahl von Statements zwar stark von der Demokratischen Partei dominiert, es zeigen jedoch die roten Ablehnungs-Linien in *Abbildung 2*, dass die republikanische *Status-Quo-Koalition* – wenn auch sehr vorsichtig und zurückhaltend – in Frage stellte, ob Waffen tatsächlich eine Gefahr für die Sicherheit darstellen und eine schärfere Waffengesetzgebung zukünftig Amokläufe verhindern kann. Dementsprechend sprachen sich manche republikanischen Abgeordneten eher gegen eine verschärfte Regulierung aus, oder sahen darin sogar eine Verletzung der Verfassung.

Maßnahmen müssen ergriffen werden um künftig Amokläufe zu verhindern (N=2; Zustimmung 2, Ablehnung 0)

Man sollte keine überstürzten Maßnahmen zum Waffenrecht treffen (N=2; Zustimmung 2, Ablehnung 0):

Teilweise versuchte diese den Status Quo stützende Koalition auch das Thema Waffen zu umgehen und forderte Maßnahmen um Amokläufe zu verhindern ohne diese konkret zu nennen, oder zumindest, dass keine überstürzten Entscheidungen im Waffenrecht getroffen werden. Darin fanden sie auch in Teilen der demokratischen Abgeordneten Zustimmung. Jedoch zeigt die geringe Anzahl dieser *Frames* auch, wie zurückhaltend die *Status-Quo-Koalition* in diesem Zeitraum agierte.

Gewalt in den Medien (N=3; Zustimmung 3, Ablehnung 0)

Geisteskrankheit (N=17; Zustimmung 17, Ablehnung 0)

Schulsystem als Auslöser von Amokläufen(N=3; Zustimmung 3, Ablehnung 0):

Neben dem Problem der Waffengewalt in den USA wurden in der Kongressdebatte auch häufig andere Ursachen als potentielle Auslöser für Amokläufe genannt. Dazu

zählen Gewalt in den Medien, mangelnde Früherkennung und Maßnahmen bei psychischen Erkrankungen und der Umgang mit solchen Personen im US-Schulsystem. Aus *Abbildung 2* geht auch hervor, dass sich sowohl die *Pro-Regulierungs-Koalition* als auch die *Status-Quo-Koalition* in diesen *Frames* einig waren und sich für eine entsprechende Gesetzgebung aussprachen. Jedoch rücken diese *Frames* für den Untersuchungszeitraum des 112. Kongresses eher in den Hintergrund verglichen mit der Anzahl der *Frames*, die sich für eine Veränderung der Waffengesetzgebung aussprechen.

Zusammenfassend lässt sich über die Waffendebatte im Kongress von Juni bis einschließlich Dezember 2012 sagen, dass sie vor allem im Senat, aber auch im Repräsentantenhaus von einer demokratischen Koalition dominiert war, die versuchte die Debatte in Richtung einer schärferen Waffengesetzgebung zu *framen*. Diese Koalition war sich jedoch nicht einig wie weit die Regulierung des Waffenbesitzes dafür gehen sollte.

Die *Status-Quo-Koalition* agierte dagegen sehr zurückhaltend mit nur wenigen Beiträgen in der Debatte, versuchte dabei aber vorsichtig gegen eine Regulierung des Waffenrechts zu *framen*, oder das Thema Waffen möglichst zu umgehen. Über die anderen Ursachen für Amokläufe wie Gewalt in den Medien oder psychische Erkrankungen herrschte dagegen über die Koalitionen hinweg in der Debatte Einigkeit, jedoch spielte ihre Anzahl in der Debatte eher eine untergeordnete Rolle.

5.4 Die Waffendebatte im 113. Kongress

5.4.1 Der Verlauf der Debatte im Untersuchungszeitraum

Im Untersuchungszeitraum des 113. Kongresses von 3. Januar 2013 bis 30. Juni 2013 sind insgesamt 92 Kongressmitglieder zu identifizieren, die sich zum Thema Waffenkontrolle geäußert haben. Zwar gehört immer noch eine Mehrheit von 59 Personen der Demokratischen Partei an, jedoch sind mit 33 Personen nun auch über ein Drittel Republikaner. Diese Zahl überschreitet bei weitem die kaum vorhandene republikanische Koalition aus dem ersten Untersuchungszeitraum. Außerdem beteiligten sich neben den 25 republikanischen Abgeordneten auch neun Senatoren der Republikanischen Partei an der Debatte um Waffenkontrolle. Daraus lässt sich bereits jetzt auf eine stärkere Beteiligung der *Status-Quo-Koalition* als im ersten Untersuchungszeitraum schließen.

Die übrigen Kongressmitglieder verteilen sich jedoch wie bereits erwähnt immer noch auf eine demokratische Mehrheit aus 44 Abgeordneten und 15 Senatoren, die sich an der Debatte beteiligen. Die absolute Dominanz der Demokratischen Partei scheint sich aber zu Beginn des 113. Kongresses nicht fortzuführen.

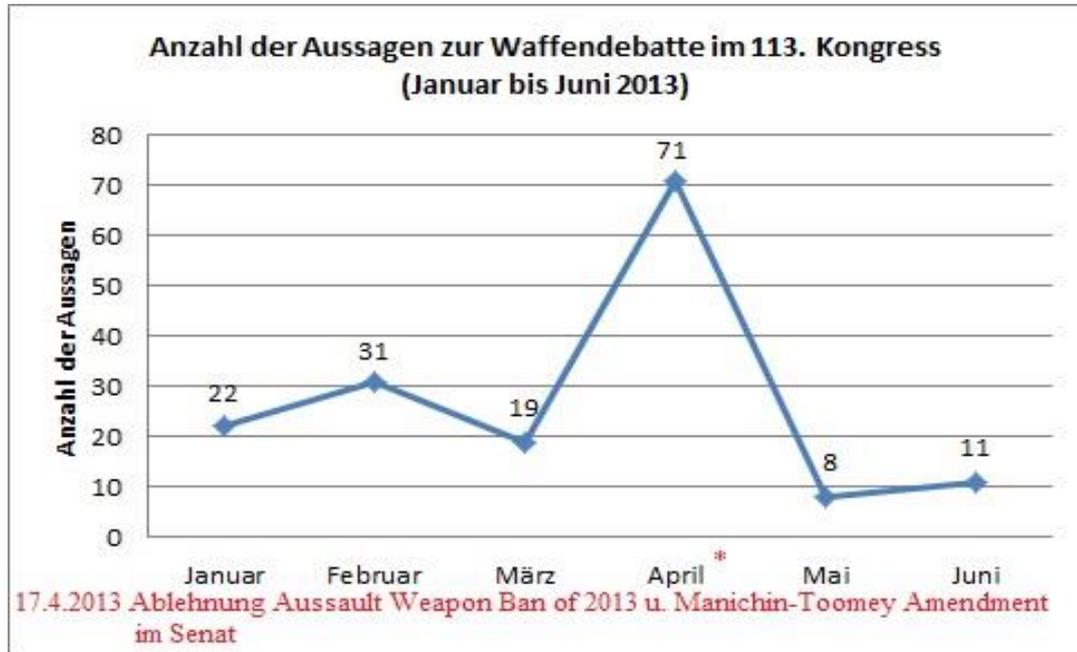


Abbildung 3 Anzahl der Aussagen im Verlauf der Waffendebatte im 113. Kongress

Betrachtet man in *Abbildung 3* den Verlauf der Debatte im 113. Kongress im Vergleich zu dem im 112. Kongress, zeigt sich, dass diese sich quantitativ deutlich verstärkt hat. Dies liegt zum einen natürlich wie bereits beschrieben an der Präsidentschaftswahl und dem Wahlkampf 2012. Zum anderen lässt sich aber auch sagen, dass die zeitlich nahe beieinanderliegenden Amokläufe in Aurora und Newtown und insbesondere dessen besondere Tragik auch in den Folgemonaten des 113. Kongresses eine weitreichende Debatte zum Thema Waffenkontrolle im Kongress ausgelöst haben. Dies bestätigt erneut das hohe *Agende-Setting-Potential* von Amokläufen.

Einen wichtigen Faktor spielen auch die im Untersuchungszeitraum eingebrachten Gesetzesvorhaben zu Waffenregulierung. Zu den relevantesten zählen dabei der von der demokratischen Senatorin Dianne Feinstein eingebrachte Gesetzentwurf zum *Assault Weapon Ban of 2013* und das Zweiparteienprojekt des demokratischen Senators Joe Manchin und des republikanischen Senator Pat Toomey, das sogenannte *Manchin-Toomey Amendment*.

Der *Assault Weapon Ban of 2013* sah eine Wiedereinführung eines Verbots bestimmter Waffentypen auf Bundesebene in ähnlicher Form wie des Banns aus dem Jahre 1994 vor (Feinstein, 2013).

Das Vorhaben war jedoch auf Grund seiner scharfen Regulierungsvorhaben kaum mehrheitsfähig und wurde am 17. April 2013 im Senat mit 60 zu 40 Stimmen abgelehnt.

Obwohl der damalige Mehrheitsführer Senator Harry Reid das Gesetzesvorhaben stützte, stimmten 15 Demokraten vor allem aus ländlichen Staaten und alle Republikaner im Senat mit Ausnahme von Senator Kirk dagegen. (Simon, 2013)

Ein weitaus mehrheitsfähigeres Gesetzesvorhaben stellte dagegen der parteiübergreifende Kompromiss der Senatoren Pat Toomey und Joe Manchin, das sogenannte *Manchin-Toomey Amendment* dar. Dies stellte den Versuch dar, das im vorherigen Kapitel beschriebene *gun show loophole* zu schließen, indem die notwendigen *background checks* zum legalen Kauf von Schusswaffen auch auf Privatkäufe im Internet und bei *gun shows* ausgeweitet werden. Jedoch scheiterte dieser moderate Regulierungsversuch trotz der Unterstützung durch die vier republikanischen Senatoren Susan Collins, Mark Kirk, John McCain und Pat Toomey am 17. April 2013 in der Senatskammer. Nur 54 von 60 notwendigen Senatoren stimmten zu und auch hier sprangen kurz vor der Abstimmung wieder vier Demokraten aus ländlichen Staaten mit einer ausgeprägten Waffenkultur ab. Dies mag möglicherweise am bevorstehenden Wahlkampf für die Kongresswahlen 2014 liegen (Blake, 2013).

Der große Anstieg der Diskussionsbeiträge in der Debatte zu Waffenkontrolle im April 2014 lässt sich also dadurch erklären, dass in diesem Monat zwei prominente Gesetzesvorhaben zu Waffenregulierung zu Abstimmung standen. Auf der einen Seite versuchte die Koalition der Regulierungsbefürworter für die Vorhaben zu werben, wohingegen die gegnerische Koalition gegen die Gesetzesvorhaben argumentierte. Auch wenn beide Vorhaben letztendlich scheiterten, trieben sie die Debatte im Kongress in die Höhe. Außerdem ist der 16. April der Jahrestag des Amoklaufs an der Virginia Tech im Jahre 2007.

Abbildung 3 zeigt deutlich, dass die Anzahl der Wortbeiträge im Kongress zur Waffenkontrolle nach der Niederlage der Regulierungskoalition in den Monaten Mai und Juni zurückgeht. Jedoch bleibt das Thema auf der politischen Agenda und erlebt im Juni nochmals einen kleinen Anstieg, da in diesem Monat über das

parteiübergreifende Gesetzesvorhaben der Abgeordneten Peter King (R) und Mike Thompson (D) abgestimmt wurde. Diese deckte sich inhaltlich mit dem *Manchin-Toomey Amendment* im Senat, scheiterte aber auch im Repräsentantenhaus an mangelnder Unterstützung der Republikaner (Congress, 2013).

Zudem kam es am 7. Juni am College von Santa Monica, Kalifornien erneut zu einem Amoklauf. Diesem fielen fünf Menschen und der Schütze John Zawahri zum Opfer, der schließlich von der Polizei erschossen wurde. Auch er führte unter anderem ein AR-15 Sturmgewehr mit sich (Arkin, 2013).

Zusammenfassend lässt sich über den Verlauf der Waffendebatte im Kongress sagen, dass der Newtown Amoklauf in Verbindung mit dem in Aurora das Thema Waffenkontrolle nicht nur als kurzes Strohfeuer auf die politische Agenda brachte, sondern auch in den Folgemonaten eine Debatte auslöste, die Waffenkontrolle zu Beginn des 113. Kongresses zu einem der wichtigsten politischen Themen im Kongress machte. Somit bestätigt sich das *Agenda-Setting-Potential* des Newtown Amoklaufs auch über einen längeren Zeitraum. Außerdem sorgten Fälle wie der in Santa Monica dafür, dass das Waffenproblem in den USA aktuell blieb.

5.4.2 Die Koalitionen und ihre Frames im 113. Kongress

Bereits aus dem letzten Kapitel geht hervor, dass die Republikanische Partei in der Debatte um Waffenkontrolle im zweiten Untersuchungszeitraum stärker beteiligt war. Diese vermehrte Beteiligung macht sich auch in den Koalitionen und den *Frames* bemerkbar. Mit 515 kodierten Statements hat sich deren Anzahl im Vergleich zu den 215 aus dem ersten Zeitraum mehr als verdoppelt. Zudem hat sich die Anzahl der *categories* von 12 auf 19 um rund ein Drittel erhöht. Dies zeigt, dass sich die Debatte ausgeweitet hat und sich neue *Frames* gebildet haben, beziehungsweise, dass sich vorherige aufgesplittert haben. Zusätzlich lässt sich auf den ersten Blick erkennen, dass die blauen Widerspruchslinien in *Abbildung 4* im Vergleich zu *Abbildung 2* eine deutlich umstrittenere Debatte abbilden. Das bedeutet die Debatte im Kongress hat an sich widersprechenden *Frames* gewonnen und ist so konfliktreicher geworden. Auf diese *Frames* wird im Folgenden wie in Kapitel 5.3.2 genauer eingegangen.

Waffengesetzgebung soll verschärft werden (N=65; Zustimmung 52, Ablehnung 13):

Auch im zweiten Untersuchungszeitraum ist die Frage, ob grundsätzlich die Waffengesetzgebung verschärft werden soll ein wichtiges Thema, unabhängig davon wie diese Gesetzgebung dann im Detail aussehen soll. Die Zahlen zeigen, dass sich in der Debatte immer noch eine große Mehrheit für eine Verschärfung ausspricht. Zugleich ist aber auch die Zahl derer gestiegen, die eine strengere Waffengesetzgebung – in welcher Form auch immer – grundlegend ablehnen. Diese überzeugten Gegner stammen ausschließlich aus der Republikanischen Partei.

**Waffenbesitz ist ein Verfassungsrecht (N=49; Zustimmung 49, Ablehnung 0)
Schärfere Waffengesetzgebung verstößt gegen die Verfassung (N=43; Zustimmung 15, Ablehnung 28):**

Wie im vorherigen Untersuchungszeitraum ist man sich kongressübergreifend einig, dass Waffenbesitz das verfassungsgegebene Recht eines jeden Amerikaners ist. Die Zustimmung hat sogar noch einmal zugenommen. Jedoch ist auffällig, dass die Koalitionen im Kongress versuchen dieses Verfassungsrecht sehr unterschiedlich zu *framen*. So betont die *Pro-Regulierungs-Koalition*, dass Maßnahmen zu Waffenkontrolle ergriffen werden können, ohne das *Second Amendment* in Frage zu stellen oder zu verletzen. Stellvertretend dafür steht die Aussage des demokratischen Senators Harry Reid vom 15. April 2013: „It is possible to uphold the Second Amendment while protecting innocent Americans from gun violence.“

Die *Status-Quo-Vertreter* dagegen versuchen die Position durchzusetzen, dass jegliche Waffenkontrolle gegen die Verfassung verstößt und betonen dabei regelmäßig deren von den Gründungsvätern der Nation vorgesehene Gültigkeit. So sagte der republikanische Abgeordnete Chris Stewart am 4. März 2013: „The acts of violence, as terrible as they are, should not be used by the White House as a justification to revoke the rights outlined in our Constitution. The Second Amendment clearly states that the right of the people to keep and bear arms shall not be infringed.“

Waffen gefährden die Sicherheit (N=82; Zustimmung 73, Ablehnung 9):

Die *category*, dass die große Anzahl an verfügbaren und teilweise militärischen Waffen ein hohes Sicherheitsrisiko für das öffentliche Zusammenleben darstellt,

bleibt auch in 113. Kongress einer der wichtigsten *Frames* der überwiegend demokratischen Koalition. Sie wirbt für eine Verschärfung des Waffenrechts, obgleich die *Status-Quo-Koalition* in geringem Maße versucht dem zu widersprechen. Dabei wird regelmäßig das klassische Argument „Blaming a gun for violence is like blaming a pen for a misspelled word“ (Abgeordneter Luke Messer, R, 5.2.2013) gebraucht.

Schärfere Waffengesetzgebung kann Amokläufe verhindern (N=36; Zustimmung 22, Ablehnung 14):

Folglich argumentiert die *Pro-Regulierungs-Koalition* häufig wie im ersten Untersuchungszeitraum, dass sich die Opferzahl von Waffengewalttaten durch eine schärfere Gesetzgebung senken lässt. Unter diese *category* fallen nicht nur Amokläufe, sondern auch Gang-Gewalt oder Unfälle mit Waffen. Jedoch nahmen die Stimmen derer zu, die argumentieren, dass Kriminelle oder psychisch Erkrankte ihre Taten auch unabhängig von der Gesetzgebung begehen.

Waffenbesitz soll stärker reguliert werden (N60; Zustimmung 54, Ablehnung 6)

Background-Check-System soll verbessert werden (N53; Zustimmung 51, Ablehnung 2)

Waffenkäufe über Strohleute sollen stärker bestraft werden (N11; Zustimmung 11, Ablehnung 0)

Illegaler Waffenhandel muss bekämpft werden (N14; Zustimmung 14, Ablehnung 0)

Viele Verbrechen werden mit Schwarzmarktwaffen begangen (N8; Zustimmung 8, Ablehnung 0)

Wie im ersten Untersuchungszeitraum ist die Regulierung des Waffenbesitzes in „vernünftigem Maße“ auch weiterhin das große Ziel der *Pro-Regulierungs-Koalition* der Demokratischen Partei. Jedoch ist hierbei eine der großen Veränderungen zum ersten Untersuchungszeitraum zu erkennen. So forderten einige demokratische Kongressmitglieder weiterhin das Verbot von Magazinen mit hoher Patronenkapazität und die Wiedereinführung des *Assault Weapon Bans* (siehe vorheriges Kapitel). Weiterhin entwickelten sich zu Beginn des 113. Kongresses einige *categories*, die auf die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels abzielten oder bestimmte Lücken in der bestehenden Gesetzgebung schließen wollten. Sowohl einige demokratische als auch moderate republikanische

Kongressmitglieder versuchten die Debatte um Waffenkontrolle dahingehend zu *framen*, dass vor allem Waffen die über den Schwarzmarkt oder Strohleute gekauft wurden für viele Verbrechen mit Schusswaffen verantwortlich sind (Gangs, Drogenkartelle, Überfälle usw.). Abgelehnt wird auch der Besitz von Waffen, die durch das bereits in dieser Arbeit beschriebene *gun show loophole* an verurteilte Verbrecher oder psychisch Erkrankte geraten, die durch reguläre *background checks* nicht an Schusswaffen gelangen dürften. Dies resultierte darin, dass nicht mehr nur die Regulierung bestimmter Waffen- und Magazintypen im Fokus stand, sondern vermehrt Rufe in der Debatte laut wurden, die eine Nachbesserung der *background checks* forderten, um gewisse Gesetzeslücken zu schließen um so den Zugang zu Waffen für Ungeeignete deutlich zu erschweren. Außerdem forderten einige Kongressmitglieder, dass Strohkäufer, die Waffen im Auftrag von Personen kaufen, die diese eigentlich nicht bekommen dürften, deutlich empfindlicher bestraft werden sollten. So erklärte Senator Dick Durbin (D) zum Beispiel am 5.3.2013: „When a straw purchaser buys from a licensed gun dealer, the purchaser falsely claims on the Federal form that he is the actual buyer of the gun. Under current law, it is illegal to lie and buy a gun this way, but the only charge a Federal prosecutor can bring is for knowingly making a false statement on a Federal form – an offense which dramatically understates the gravity of the situation.“

Der kaum vorhandene Widerspruch zu diesen *Frames* im Senat und im Repräsentantenhaus zeigt, dass beide Parteien das hohe Gefahrenpotential durch illegalen Waffenhandel anerkennen. Zudem dürfte die *Policy-Change-Koalition* erkannt haben, dass eine Gesetzgebung, die auf illegale Waffen zielt, deutlich mehrheitsfähiger ist, als das Verbot bestimmter Waffenarten. Somit kann diese Entwicklung in der Debatte auch als eine Art Kompromiss angesehen werden, da auch republikanische *Status-Quo-Vertreter* dies unterstützten. Dies unterstreicht auch der parteiübergreifende Versuch genau diese Aspekte mit den *Manchin-Toomey Amendment* anzugehen. Es ist aber umso erstaunlicher, dass dieser Versuch gescheitert ist, obwohl es in der Debatte kaum Widerspruch gegen eine Verbesserung der *background checks*, höhere Strafen für Strohkäufer und insgesamt der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels gab. Diese Diskrepanz spricht dafür, dass es eine große *Status-Quo-Koalition* gab, die zwar gegen jegliche Form von Waffenkontrolle stimmte, sich aber nicht in der Debatte dazu äußerte.

Waffenlobby will strengere Waffengesetzgebung verhindern (N=29; Zustimmung 27, Ablehnung 2):

Obwohl es in der Gesetzgebung Ansätze zu Kooperationsversuchen zwischen den Demokraten und den Republikanern gab, werfen die Demokraten der Waffenlobby, v.a. der *NRA* und deren Unterstützern, Blockade jeglicher Regulierungsversuche vor. Dieser Vorwurf verstärkt sich im Laufe der Debatte nochmals, nachdem am 17. April der *Assault Weapon Ban of 2013* und das *Manichin-Toomey Amendment* im Senat abgelehnt wurden. So äußerte zum Beispiel der Abgeordnete John Larson (D) seine Enttäuschung am 17.4.2013 nach der Abstimmung: „[...] the *NRA* will sleep well this evening. Mission accomplished.“

Die zwei Abgeordneten Frank Wolf (R) und Steve Carlise (R) dagegen verteidigen ihr Vorgehen mit dem Argument, dass die *NRA* wie jede andere Lobbygruppe nur die Interessen ihrer Mitglieder vertrete.

Geisteskrankheit (N=20; Zustimmung 20, Ablehnung 0)

Gewalt in den Medien (N=6; Zustimmung 6, Ablehnung 0)

Gewalttätige Videospiele als besonderer Auslöser von Amokläufen (N=1; Zustimmung 1, Ablehnung 0)

Schulen müssen sicherer gemacht werden (N=3; Zustimmung 3, Ablehnung 0)

Waffen sind nicht die alleinige Ursache von Amokläufen (N=2; Zustimmung 2, Ablehnung 0)

Auch im zweiten Untersuchungszeitraum gibt es wieder Kongressmitglieder, die neben Waffen andere Probleme benennen, die Amokläufer zu ihren Taten bewegen. Dabei wird vor allem der Umgang mit psychisch erkrankten Personen oder Mobbingopfern kritisiert, die dann in ihrer Verzweiflung zur Waffe greifen. Aber auch Gewalt in Medien wie Film, Fernsehen und insbesondere Videospiele werden als Faktoren genannt, die die Hemmschwelle für Gewalttaten senken. Einige Kongressmitglieder sagten auch, dass die Sicherheitsvorkehrungen an amerikanischen Schulen erhöht werden müssen.

Bei diesen beschriebenen Aspekten ist jedoch auffällig, dass die Kongressmitglieder aus der Regulierungs-Koalition diese Probleme zusätzlich zur Regulierung von Waffen angehen wollen, wohingegen die *Status-Quo-Koalition* diese eher benennt und in den Vordergrund stellt, um die Debatte von der Waffenkontrolle abzulenken. So kritisierte der Abgeordnete Frank Wolf (R) am 28.2.2013 Präsident Obama für dessen Fokus auf Waffen: „I was disappointed that President Obama did not seize

the opportunity to address, in depth, the role of mental health and media violence during his State of the Union address. To only focus on guns, on just one piece of a very large and complicated puzzle, is simply irresponsible.”

Die beiden Koalitionen waren sich also über die Probleme wie mentale Gesundheit, Gewalt in den Medien usw. einig, jedoch wurden sie von der *Status-Quo-Koalition* offensiver genutzt, um die Debatte vom Thema Waffen wegzulenken.

Strengere Waffengesetzgebung geht auf Kosten rechtschaffener Waffenbesitzer (N=21; Zustimmung 13, Ablehnung 8)

Diese *category* hat sich in Folge der verstärkten *Status-Quo-Koalition* im 113. Kongress neu gebildet und stellt neben dem Argument, dass eine schärfere Waffengesetzgebung gegen die Verfassung verstoße einen der relevantesten *Frames* dieser Koalition dar und begründet weshalb die Waffenkontrolle nicht verschärft werden soll. Ausschließlich Republikaner vertraten dieses Argument. So sagte Senator Mitch McConnell (R) am 11.4.2013: „I believe the government should focus on keeping firearms out of the hands of criminals and those with mental issues that could cause them to be a threat to our society. The government should not punish or harass law-abiding citizens in the exercise of their Second Amendment rights.”

Die Demokraten widersprachen dem jedoch und argumentierten ihrerseits, dass jegliche Gesetzgebung die Rechte von rechtmäßigen Waffenbesitzern schütze und nur diejenigen betreffe, die keine Waffen haben dürften. Die Abgeordnete Carolyn Maloney sagte stellvertretend am 21.3.2013: „We must respect Americans‘ rights to own guns but limit gun violence and gun death. We must continue to enable guns to be used in a lawful and safe manner by responsible citizens and we must keep guns out of the hands of others.”

Mehr Waffen in „guten Händen“ schützen vor Waffengewalt (N=10; Zustimmung 4, Ablehnung 6)

Ein neuer *Frame* des zweiten Untersuchungszeitraums stellt auch die Position weniger Hardliner aus der *Status-Quo-Koalition* der Republikaner dar, dass mehr Waffen in den Händen rechtschaffener Bürger für mehr Schutz und Sicherheit vor Gewalttaten und Unterdrückung bieten. Diese sehr extreme Position, die den Vorschlägen der *NRA* ähnelt, nämlich Lehrer zu bewaffnen, um Schulen sicherer zu machen (Wilkie, 2013) war jedoch sehr selten und stieß sogar aus den Reihen republikanischer Waffenbefürworter auf Kritik. So sagte der Abgeordnete Michael

Grimm (R) am 25.2.2013: „I must share my objection to the idea allowing educators to carry weapons in schools.“

Über den zweiten Untersuchungszeitraum der Waffendebatte im Kongress von Januar bis Juni 2013 lässt sich zusammengefasst, dass die Debatte immer noch von einer hauptsächlich demokratischen *Pro-Regulierungs-Koalition* dominiert ist. Jedoch hat sie vermehrt den Kampf gegen illegale Waffen, Strohkäufe und die Verbesserung der *background checks* in den Fokus genommen. Diese moderateren Regulierungsziele ermöglichten auch Kooperationen mit moderaten Republikanern, wie die Versuche *Manchin-Toomey Amendment* oder die *King-Thompson Bill* zeigen. Diese moderateren Regulierungsformen können im Vergleich zum Verbot bestimmter Waffen- oder Magazintypen als Kompromiss angesehen werden, um überhaupt eine schärfere Gesetzgebung zu ermöglichen. Denn die *Status-Quo-Koalition* hat sich im zweiten Untersuchungszeitraum deutlich offener gegen Waffenkontrolle ausgesprochen als im ersten. So argumentierte sie vor allem, dass durch verschärfte Kontrolle das *Second Amendment* verletzt und die Rechte von rechtschaffenen Waffenbesitzern eingeschränkt werden, sich jedoch die Waffengewalt nicht senken lasse. Außerdem nutzte sie die Übereinstimmung über Probleme wie Gewalt in den Medien, mentale Erkrankungen und deren Erkennung sowie Sicherheit in den Schulen, um die Debatte vom Thema Waffen abzulenken. Obwohl die Status Quo Koalition in der Debatte immer noch in der Minderheit war, hat ihre Beteiligung in den Folgemonaten nach dem Newtown-Amoklauf deutlich zugenommen. Außerdem zeigen die parteiübergreifenden Gesetzgebungsversuche, die gescheitert sind, dass die *Status-Quo-Koalition* im Kongress womöglich über eine „stille Mehrheit“ verfügte, die sich zwar in der Debatte zurückhielt, aber in der Abstimmung über Gesetze dominant und geschlossen auftrat. Dies war trotz der moderateren Kooperationsversuche der *Pro-Regulierungs-Koalition* der Fall.

5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Untersuchung der Waffendebatte im US-Kongress hat gezeigt, dass das Thema Waffenkontrolle durch das Aurora-Shooting wieder auf die politische Agenda kam. Die Diskussion wurde dann durch den Newtown-Amoklauf stark verstärkt, was dafür spricht, dass die Debatte durch die zeitlich nahe aneinander liegenden Amokläufe angefacht wurde. Außerdem sprechen die heftigen Reaktionen auf

Newtown dafür, dass dieser Amoklauf sowohl von der Öffentlichkeit, als auch von den politischen Eliten als besonders tragisch gesehen wird.

Die anschließend erfolglose Waffengesetzgebung auf Bundesebene lässt vermuten, dass die Debatte von einer starken *Status-Quo-Koalition* dominiert wurde, die sich gegen jegliche Verschärfung der Waffengesetzgebung aussprach. Jedoch zeigt die Untersuchung der Debatte, dass bei den Diskussionsbeiträgen genau das Gegenteil der Fall war. Besonders im ersten Untersuchungszeitraum wurde die Debatte in überwältigender Mehrheit von einer *Pro-Regulierungs-Koalition* dominiert, die sich für eine strengere Waffengesetzgebung aussprach. Vermutlich hielt sich die *Status-Quo-Koalition* kurz nach den Amokläufen bewusst mit der Verteidigung der geltenden Waffengesetzgebung zurück, da sich dies in einer moralisch aufgeladenen Situation wie nach dem Newtown-Amoklauf eher schädlich auf die öffentliche Unterstützung auswirken könnte. Die *Pro-Regulierungs-Koalition* trat aber in der Debatte relativ diffus auf. Man war sich innerhalb der Koalition nicht einig, wie weit die geplante Verschärfung der Waffengesetzgebung gehen soll. Die Vorschläge reichten von moderaten Zielen wie der Verbesserung von Background-Checks bis zu extremeren Regulierungsforderungen wie das Verbot von Magazinen mit hoher Kapazität oder der Reinitialisierung des *Assault Weapon Bans*. Auffällig war, dass man sich trotz der geplanten Verschärfung darüber einig war, dass das *Second Amendment* nicht in Frage zu stellen ist.

Auch im zweiten Untersuchungszeitraum dominierte die *Pro-Regulierungs-Koalition* die Kongress-Debatte. Jedoch nahm die Dominanz im Vergleich zum ersten Zeitraum ab, da sich nach gewissem zeitlichem Abstand nach dem Newtown-Amoklauf auch die *Status-Quo-Koalition* aktiv an der Debatte zur Waffenkontrolle beteiligte. Diese Koalition bildete ein weitaus einheitlicheres Netzwerk, auch wenn die Debatte quantitativ immer noch zu rund zwei Dritteln von der *Pro-Regulierungs-Koalition* dominiert wurde. Die *Status-Quo-Koalition* argumentierte hauptsächlich, dass eine Verschärfung der Waffengesetzgebung gegen das *Second Amendment* verstößt und damit gegen die US-Verfassung. Zudem sagten sie, dass die von der *Pro-Regulierungs-Koalition* geforderten Maßnahmen – egal in welchem Grad – die garantierten Freiheiten von rechtschaffenen Waffenbesitzern einschränken, aber das Problem der Waffengewalt in den USA nicht mindern könnten.

Möglicherweise als Reaktion auf die verstärkte Präsenz der *Status-Quo-Koalition* in der Debatte, ging die *Pro-Regulierungs-Koalition* im zweiten Untersuchungszeitraum in den Gesetzesvorhaben Kompromisse ein. In der Debatte standen verstärkt moderate und mit der *Status-Quo-Koalition* eher vereinbare Ziele wie die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, der stärkeren Bestrafung von Strohkäufen und die Verbesserung der Background-Checks im Fokus. Daraus ergeben sich auch parteiübergreifende Kooperationsversuche zur moderaten Waffengesetzgebung wie das *Manchin-Toomey Amendment*. Das Scheitern dieser Kooperationsversuche lässt darauf schließen, dass das *policy window* für eine Veränderung der Waffengesetzgebung nach Amokläufen in den USA besonders kurz ist, da sich die *Status-Quo-Koalition* bereits wenige Monate nach den Amoklauf dagegen positionieren kann, obwohl sich in der Debatte mehrheitlich dafür ausgesprochen wird. Möglicherweise wäre eine Verschärfung der Waffengesetzgebung direkt im Anschluss an Newtown im Januar oder Februar leichter durchsetzbar gewesen, als sich die *Status-Quo-Koalition* noch zurückhaltend zeigte.

Außerdem deutet das Scheitern einer kooperativen Gesetzgebung von Demokraten und Republikanern im Kongress eine Polarisierung und Fragmentierung des Politikbetriebs in Washington an. Dies führt häufig zu einer Blockade und macht Kompromisse in der Gesetzgebung beinahe unmöglich.

Des Weiteren zeigen die demokratischen Senatoren, die kurz vor der Abstimmung des *Manchin-Toomey Amendments* die Seiten wechselten, dass im US-Kongress die persönliche Machtinteressen einzelner Senatoren (in diesem Fall Wiederwahl 2014) über die Fraktionsdisziplin dominieren.

Neben dem Problem der Waffengewalt war in der Debatte auch die Gewalt in den Medien (besonders Videospiele) und psychische Erkrankungen und deren Erkennung und Umgang wichtige Themen. Dabei erkannte die *Pro-Regulierungs-Koalition* diese als Probleme, die zusätzlich zur Waffenproblematik auch angegangen werden müssen, wohingegen die *Status-Quo-Koalition* versuchte diese Aspekte zu nutzen, um die Debatte von der Waffenthematik weg zu bewegen.

Insgesamt lässt sich nach Auswertung der Debatte darauf schließen, dass die *Status-Quo-Koalition* als eine Art „stille Mehrheit“ im Kongress fungierte. Diese hielt sich in der Debatte zur Waffenkontrolle zuerst so gut wie heraus, bzw. stieg erst einige Monate nach dem Amoklauf in die Debatte ein. Kam es jedoch zur

Abstimmung über ein Gesetz zur Verschärfung des Waffenrechts, stimmte diese Koalition geschlossen dagegen, egal wie moderat die Regulierungspläne waren.

Die *Pro-Regulierungs-Koalition* war dagegen zwar die Koalition, die die Debatte dominierte, aber ihr fehlte es an inhaltlicher Geschlossenheit und einheitlichem Auftreten. Möglicherweise erschwerte ihre Kompromissbereitschaft sogar die Durchsetzung ihrer Gesetzesvorhaben (Hurka & Nebel, 2013).

Das Verhalten der beiden Koalitionen in der Debatte spiegelt aber gut das Verhalten der im ersten Teil dieser Arbeit beschriebenen *Framing-Typen* und deren Taktiken wieder.

6. Fazit

Diese Arbeit setzte sich mit der Frage auseinander, welchen Einfluss der Newtown-Amoklauf auf die Debatte zur Waffelkontrolle im US-Kongress hatte und wie bzw. ob der Amoklauf diese Debatte veränderte.

Als Grundlage dafür diente der Ansatz der *Focusing Events*. Diese erregen in hohem Maße öffentliche Aufmerksamkeit und haben somit das Potential eine politische Debatte zum betreffenden Event auszulösen. Sie öffnen auch ein *policy-window*, durch welches die an der Debatte beteiligten Koalitionen und Netzwerke versuchen ihre politischen Ziele so zu *framen*, damit diese politische umgesetzt werden können.

In dieser Arbeit konnte die qualitative Untersuchung der Debatte um Waffenkontrolle im Kongress zeigen, dass der Newtown-Amoklauf das durch den Ansatz der *Focusing Events* implizierte Potential als *Agenda Setter* hatte. Er etablierte das Thema Waffenkontrolle auch langfristig in der Kongressdebatte.

Die erfolglosen Versuche in den USA in Folge des Newtown-Amoklauf eine Verschärfung der Waffengesetzgebung auf Bundesebene durchzusetzen, ließen im Vorhinein darauf schließen, dass die Debatte im Kongress von einer *Status-Quo-Koalition* dominiert wurde, die sich einheitlich gegen eine Verschärfung der Gesetzgebung ausspricht. Jedoch zeigte die Untersuchung der Debatte mit Hilfe des Programms *Discourse Network Analyzer*, dass genau das Gegenteil der Fall war. Die Debatte wurde im gesamten Untersuchungszeitraum anhand der Anzahl von Redebeiträgen im Kongress zum Thema Waffen stark von einer *Policy-Change-Koalition* der Demokratischen Partei dominiert. Diese sprach sich prinzipiell für eine Verschärfung der Waffenkontrolle aus; mit wenig Erfolg, da sich diese

Koalition in ihren Forderungen über die Stärke der Verschärfung uneinig war. Dazu kam eine verstärkte Kompromissbereitschaft gegenüber einer im Laufe der Debatte erstarkenden *Status-Quo-Koalition*. Aus der Untersuchung lässt sich deshalb schließen, dass sich die *Status-Quo-Koalition* zu Beginn bewusst mit ihrer Position zum Thema Waffenkontrolle aus der emotional aufgeladenen Debatte hielt und der *Policy-Change-Koalition* bewusst das Feld überließ. Erst nach einiger Zeit stieg diese Koalition in der Debatte ein. Insgesamt lässt die Untersuchung darauf schließen, dass die *Status-Quo-Koalition* eine Art „stille Mehrheit“ im Kongress besaß, mit der sie jegliche Versuche einer Verschärfung der Waffengesetzgebung blockieren konnte, ohne dafür die Kongressdebatte in hohem Maße dominieren zu müssen. Dies widerspricht eigentlich der Logik von *Focusing Events* und den anschließenden *framing contests*, da diese implizieren, dass eine Dominanz in der Debatte eine anschließende *Policy-Veränderung* einfacher und wahrscheinlicher macht.

Somit konnte in dieser Arbeit detailliert gezeigt werden, wie der Newtown-Amoklauf die Kongressdebatte zu Waffenkontrolle beeinflusst hat und wie sich die jeweiligen Koalitionen dabei verhielten. Zusätzlich wäre auch eine Untersuchung der Debatte in Parlamenten bestimmter US-Bundestaaten interessant gewesen, da diese in den USA weitreichende Kompetenzen zur Waffengesetzgebung besitzen. So hätten sich beispielsweise das damals demokratische geführte Connecticut, das nach Newtown die Waffengesetzgebung verschärfte, und das konservative Alabama, das die Waffengesetzgebung nach Newtown lockerte, zur Untersuchung angeboten. Außerdem wäre es auch sinnvoll zu untersuchen, welchen Einfluss der Amoklauf auf die öffentliche Meinung zu Waffenkontrolle und auf die Berichterstattung politischer Leitmedien in den USA hatte. Des Weiteren hätte sich auch die Untersuchung einer möglichen Einflussnahme durch die *NRA* auf die Debatte angeboten. Zum Beispiel indem man untersucht, welche Kongressmitglieder Spenden von der *NRA* erhielten und wie sich dies auf ihr Verhalten in der Debatte auswirkte. Leider war eine Untersuchung dieser Punkte nicht mehr möglich, da sie den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte. Jedoch würden sich diese Aspekte für eine weitere Erforschung des Einflusses des Newtown-Amoklaufs auf die amerikanische Waffendebatte anbieten.

7. Literaturverzeichnis

Arkin, D. (2013, 07.06.). Five dead, including gunman, in shooting rampage near Los Angeles. *NBC News* [Online].

Verfügbar unter: http://usnews.nbcnews.com/_news/2013/06/07/18831196-five-dead-including-gunman-in-shooting-rampage-near-los-angeles?lite [19.12.2014].

Barron, J. (2012, 15.12.). Children Were All Shot Multiple Times With a Semiautomatic, Officials Say. *New York Times* [Online].

Verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2012/12/16/nyregion/gunman-kills-20-children-at-school-in-connecticut-28-dead-in-all.html?_r=0 [19.12.2014].

Baumgartner, F. & Jones, B. D. (1993). *Agendas and Instability in American Politics*. Chicago: University of Chicago Press.

Birkland, T. A. (1997). *After Disaster: Agenda Setting, Public Policy and Focusing Events*. Washington, D.C.: Georgetown University Press.

Birkland, T. A. (1998). Focusing Events, Mobilization, and Agenda Setting. *Journal of Public Policy*, 18(1), 53-74.

Blake, A. (2013, 17.04.). Manchin-Toomey gun amendment fails. *The Washington Post* [Online].

Verfügbar unter: <http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2013/04/17/manchin-toomey-gun-amendment-fails/> [19.12.2014].

Burns, R. & Crawford, C. (1999). School shootings, the media, and public fear: Ingredients for a moral panic. *Crime, Law and Social Change*, 32(2), 147-168.

Boin, A., 't Hart P. & McConnell, A. (2008). Crisis exploitation: political and policy impacts of framing contests. *Journal of European Public Policy*, 16(1), 81-106.

Brown, J. (2012). 12 shot dead, 58 wounded in Aurora movie theater during Batman premier. *The Denver Post* [Online].
Verfügbar unter: http://www.denverpost.com/news/ci_21124893/12-shot-dead-58-wounded-aurora-movie-theater [19.12.2014].

Bovens, M. & 't Hart, P. (1996). *Understanding Policy Fiascos*. New Brunswick, NJ: Transaction.

Cobb, R. W. & Elder, C. D. (1983). *Participation in American Politics: The Dynamics of Agenda-Building*. Baltimore: John Hopkins University Press.

Cohen, S. (1972). *Folk Devils and Moral Panics: The Creation of the Mods and Rockers*. London: MacGibbon and Kee.

Congress (Hrsg.) (2013). *H.R.1565 - Public Safety and Second Amendment Rights Protection Act of 2013*.

Verfügbar unter: <https://www.congress.gov/bill/113th-congress/house-bill/1565/titles> [19.12.2014].

Dolnick, S. & Grynbaum, M. (2012, 14.12.). Two Educators Went the Extra Mile for Students. *New York Times* [Online].

Verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2012/12/15/nyregion/sandy-hook-principal-and-school-psychologist-went-the-extra-mile.html> [19.12.2014].

Entman, R. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51-58.

Feinstein, D. (2013). *Assault Weapons Ban of 2013*.

Verfügbar unter: <http://www.feinstein.senate.gov/public/index.cfm/assault-weapons-ban-summary> [19.12.2014].

Flegenheimer, M. & Somaiya, R. (2012, 15.12). A Mother, a Gun Enthusiast and the First Victim. *New York Times* [Online].

Verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2012/12/16/nyregion/friends-of-gunmans-mother-his-first-victim-recall-her-as-generous.html> [19.12.2014].

Gamson, W. A. (1992). *Talking Politics*. New York: Cambridge University Press.

Goode, E., & Ben-Yehuda, N. (1994). *Moral Panics: The Social Construction of Deviance*. Malden, MA.: Blackwell.

Haider-Markel, D. P. & Joslyn, M. R. (2001). Gun Policy, Opinion, Tragedy, and Blame Attribution: The Conditional Influence of Issue Frames. *The Journal of Politics*, 63(2), 520-543.

Hewitt, K. (1983). The idea of calamity in a technocratic age. In K. Hewitt (Hrsg.), *Interpretations of Calamity* (S. 3–32). London: Allen and Unwin.

Hurka, S. & Nebel, K. (2013). Framing and policy change after shooting rampages: a comparative analysis of discourse networks. *Journal of European Public Policy*, 20(3), 390-406.

Kingdon, J. W. (1995). *Agenda, Alternatives and Public Policies*. New York: Harper Collins.

Leifeld, P. (2011). *Discourse networks and German pension politics*. Doktorarbeit an der Universität Konstanz, Konstanz.

Leifeld, P. (2012). *Discourse Network Analyzer (DNA) manual*.

Verfügbar unter: <http://www.philipleifeld.de/> [19.12.2014].

Manning, J. E. (2011, 01.03.). Membership of the 112th Congress: A Profile. *Congressional Research Service*. [Online].

Verfügbar unter: <http://www.senate.gov/reference/resources/pdf/R41647.pdf> [19.12.2014].

Manning, J. E. (2014, 24.11.). Membership of the 113th Congress: A Profile. *Congressional Research Service*. [Online].

Verfügbar unter: <http://www.senate.gov/CRSReports/crs-publish.cfm?pid=%260BL%2BR%5CC%3F%0A> [19.12.2014].

Saad, L. (1999, 23.4.). Public Views Littleton Tragedy As Sign Of Deeper Problems In Country. *Gallup News Service* [Online].

Verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/3898/public-views-littleton-tragedy-sign-deeper-problems-country.aspx> [19.12.2014].

Schildkraut, J. & Cox Hernandez, T. (2013). Laws That Bit The Bullet: A Review of Legislative Responses to School Shootings. *American Journal of Criminal Justice*, 39(2), 358-374.

Simon, R. (2013, 17.04.). Senate votes down Feinstein's assault weapons ban. *Los Angeles Times* [Online].

Verfügbar unter: <http://articles.latimes.com/2013/apr/17/news/la-pn-dianne-feinstein-assault-weapons-vote-20130417> [19.12.2014].

Spitzer, R. J. (2012). *The Politics of Gun Control*. Boulder, CO: Paradigm.

Thomas, W. I. & Thomas, D. S. (1928). *The Child in America: Behavior Problems and Programs*. New York: Knopf.

Topaz, J. (2014, 5.11.). Gun-control supporters win in Washington state. *Politico* [Online].

Verfügbar unter: <http://www.politico.com/story/2014/11/gun-control-initiative-594-washington-state-2014-vote-112587.html> [19.12.2014].

Vance, J. P. (2013). *State Police Identify Weapons Used in Sandy Hook Investigation*.

Verfügbar unter: <http://www.ct.gov/despp/cwp/view.asp?Q=517284&A=4226> [19.12.2014].

White House Press Office (Hrsg). (2012). *President Obama Makes a Statement on the Shooting in Newtown, Connecticut*.

Verfügbar unter: <http://www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2012/12/14/president-obama-makes-statement-shooting-newtown-connecticut> [19.12.2014].

Wilkie, C. (2013, 02.04). NRA School Safety Report Recommends Arming Teachers, Loosening Gun Laws. *Huffington Post* [Online].

Verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.com/2013/04/02/nra-school-safety-report_n_2999968.html [19.12.2014].

Wilson, H. L. (2007). *Guns, Gun Control, and Elections: The Politics and Policy of Firearms*. Lanham, MA: Rowman & Littlefield.

Yourish, K., Andrews, W., Buchanan, L & McLean, A. (2013, 10.12). State Gun Laws Enacted in the Year Since Newtown. *New York Times* [Online].

Verfügbar unter: http://www.nytimes.com/interactive/2013/12/10/us/state-gun-laws-enacted-in-the-year-since-newtown.html?hp&_r=1& [19.12.2014].

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1</i> Anzahl der Aussagen im Verlauf der Waffendebatte im 112. Kongress.....	16
<i>Abbildung 2</i> Affiliation-Diskurs-Netzwerk des 112. Kongresses im Untersuchungszeitraum.....	18
<i>Abbildung 3</i> Anzahl der Aussagen im Verlauf der Waffendebatte im 113. Kongress.....	25
<i>Abbildung 4</i> Affiliation-Diskurs-Netzwerk des 113. Kongresses im Untersuchungszeitraum.....	28

Anmerkung

Alle Zitate von Mitgliedern des US-Kongresses in dieser Arbeit wurden der Webseite *THOMAS* entnommen.

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

Ort, Datum

Unterschrift